

Der demografische Wandel und seine Folgen

Die Zukunft der Gesellschaften in Deutschland und Polen

2. BERLINER GESPRÄCH DES
DEUTSCHEN POLEN-INSTITUTS

Vertretung des Landes Brandenburg beim Bund
Berlin, 6. Juni 2013

DEUTSCHES
POLEN
INSTITUT

Der demografische Wandel und seine Folgen

Die Zukunft der Gesellschaften in Deutschland und Polen

2. BERLINER GESPRÄCH DES
DEUTSCHEN POLEN-INSTITUTS

Vertretung des Landes Brandenburg beim Bund
Berlin, 6. Juni 2013

DEUTSCHES
POLEN
INSTITUT

Berliner Gespräche des Deutschen Polen-Instituts
Heft 2

Konferenz:

»Der demografische Wandel und seine Folgen.
Die Zukunft der Gesellschaften in Deutschland und Polen«,
6. Juni 2013, Vertretung des Landes Brandenburg
beim Bund, Berlin

Herausgeber:

Deutsches Polen-Institut, Darmstadt

Redaktion: Andrzej Kaluza, Jutta Wierczimok

Übersetzung: Ulrich Heiße

Fotos: Reiner Zensen

Graphic Design: Regina Schüle

Umschlagmotiv: Dubbel Späth

Herstellung: Printesk Darmstadt

Darmstadt 2013

ISSN 2196-0526

Eine Initiative des Bundesministeriums
für Bildung und Forschung

Wissenschaftsjahr 2013

**DIE DEMOGRAFISCHE
CHANCE**

Inhalt

- 4 **Begrüßung**
Elke Krüger
Prof. Dr. Dieter Bingen
- 9 **Panel 1**
**Demografischer Wandel:
Was kann Politik leisten?**
Prof. Dr. Rita Süßmuth
Irena Wóycicka
Moderation:
Reinhold Vetter
- 33 **Panel 2**
**Kommt Zeit, kommt Rat?
Rezepte in der Diskussion**
Prof. Dr. Irena E. Kotowska
Prof. Dr. Hans Bertram
Moderation:
Dr. Manfred Sapper
- 62 **Biogramme**

Begrüßung

Elke Krüger: Herzlich willkommen, serdecznie witam – habe ich gerade gelernt. Ich spreche leider kein Polnisch, ich kann nur Russisch und deswegen tut es mir sehr leid, außer diesem »Herzlich willkommen« auf Polnisch, was ich mir gerade von den Dolmetschern habe erklären lassen, kann ich die polnischen Gäste, die hier anwesend sind, nicht in ihrer Heimatsprache begrüßen. Aber dennoch freuen wir uns, dass Sie den Weg in die Vertretung des Landes Brandenburg beim Bund gefunden haben.



Ich heiße Elke Krüger und bin hier die stellvertretende Dienststellenleiterin, die kurzfristig für die Bevollmächtigte des Landes Brandenburg beim Bund, Frau Staatssekretärin Tina Fischer, einspringen muss. Sie wissen, dass sich im Moment eine kleine Flut dem Land Brandenburg nähert bzw. es schon erreicht hat, und alle Mitglieder der Landesregierung einschließlich der Staatssekretäre sind unterwegs, um vor Ort zu helfen, zu sehen, was man tun kann, Mut zuzusprechen. Und deswegen stehe ich jetzt hier, um Sie zu begrüßen. Wir sind stolz

darauf, dass Brandenburg mit seiner langen Grenze zu Polen ausgezeichnete Beziehungen zu seinen polnischen Partnern auf der anderen Seite dieser Grenze hat. Das ist nicht nur in Hochwasserzeiten so, sondern auch im normalen Alltag. Wir haben sechs Partnerschaftsbeziehungen zu Woiwodschaften in Polen. Die engsten dieser Partnerschaften bestehen natürlich mit den unmittelbar angrenzenden Regionen, vor allem mit dem Lebusener Land. Die Marschallin und der Woiwode werden auch in 14 Tagen nach Potsdam kommen und dort Gespräche mit der Landesregierung und mit dem Ministerpräsidenten führen. Doch das ist nur ein Stück dieser sehr praktisch gelebten Beziehung, die Brandenburg und Polen miteinander haben. Wir sind durch die Landesverfassung dazu verpflichtet, aber für Brandenburg ist es einfach ein Herzensanliegen und wir leben das jeden Tag. Das hat auch etwas damit zu tun, dass wir festgestellt haben: Wir haben auf beiden Seiten der Oder fast die gleichen Probleme. Demografischer Wandel heißt auch leere Räume, Infrastrukturfragen, andere Anforderungen an Bildung und daran, wie man sie organisiert, an Gesundheitsversorgung und Ähnliches. Und ich bin sicher, dass Sie hier noch interessante Themen berühren werden. Dem will ich auch nicht vorgreifen. Ich wünsche Ihnen einfach einen tollen Austausch und dass wir alle etwas davon mitnehmen, was wir im Alltag umsetzen können, und

dass wir ein Stück dazu beitragen, in unserer Zukunft, die auch die Zukunft unserer Kinder und Enkelkinder ist, mit dem demografischen Wandel umgehen zu können. Unsere Gesellschaften müssen sich dem stellen, und was wir gemeinsam dafür tun können, ist ein gutes Stück Zukunftsgestaltung. Dazu wünsche ich uns allen Spaß. Das ist nämlich das Wichtigste, man muss es mit Spaß angehen, nicht nur mit Ernst. Das sind Herausforderungen, die zugleich Chancen sind, und je mehr begeisterte Menschen sich mit diesen Themen auseinandersetzen, ernsthaft an Veränderungen arbeiten, desto besser ist es. Und deswegen wünsche ich Ihrer Veranstaltung einen großen Erfolg. Wir danken dem Deutschen Polen-Institut aus Darmstadt dafür, dass seine Mitarbeiter hierher nach Berlin gekommen sind. Das ist deshalb so interessant, weil Hessen und Brandenburg nicht per se ein innerdeutsches »Dreamteam« sind. Auch wenn wir nebeneinander Landesvertretungen in den Ministergärten haben, blicken wir uns zum Abstimmungsverhalten im Bundesrat schon manchmal anders in die Augen. Aber es ist trotzdem schön, dass Sie da sind, dass Sie gekommen sind. Viel Spaß, fühlen Sie sich hier wohl und ich hoffe, dass Berlin und all diese Themen auch Hessen Spaß machen. Einen schönen Tag.

Dieter Bingen: Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich begrüße Sie herzlich zum zweiten Berliner Gespräch des Deutschen Polen-Instituts unter dem Titel »Der demografische Wandel und seine Folgen – Die Zukunft der Gesellschaften in Deutschland und Polen« in der Vertretung des Landes Brandenburg beim Bund. Herzlichen Dank an Frau Krüger, die leider schon den Raum verlassen musste. Ich wollte nur sagen, dass ich mich zur deutschen Innenpolitik hier nicht äußere. Das ist nicht unser Thema und ich glaube, anstatt »trotz« sollte man sagen: Gerade deswegen sind wir hier, weil wir Hessen sind und weil wir ein Deutsches Polen-Institut sind und keine Hessen und keine Brandenburger kennen, wir kennen nur deutsch-polnische Themen und einen gemeinsamen Platz in Europa. Aber herzlichen Dank an Frau Krüger für die Gastfreundschaft, die uns die Vertretung des Landes Brandenburg beim Bund gewährt. Ganz besonders freue ich mich, dass wir Sie, die Diskussionsteilnehmer, für unsere Veranstaltung gewinnen konnten.



Herzlich willkommen, Frau Irena Wóycicka, Staatsministerin in der Kanzlei des Präsidenten der Republik Polen. Ich freue mich ganz besonders, dass Sie unsere Einladung angenommen haben. Wir sind uns vor fast 30 Jahren das erste Mal in Köln begegnet, das Kriegsrecht in Polen war kurz zuvor aufgehoben

worden, Sie bauten sich dort kurzzeitig mit Ihrer Familie eine unsichere Existenz auf, als Polen Ihnen keine Chance für ein würdiges Leben bot. Wie sich die Zeiten geändert haben!

Verehrte, liebe Frau Prof. Rita Süßmuth, Sie waren genau in den Zeiten des Epochenwechsels Präsidentin des Deutschen Bundestags und sind seit 2006 Präsidentin des Deutschen Polen-Instituts, aber auch an der Spitze anderer wichtiger deutscher und internationaler Einrichtungen. Sie haben in den uns heute interessierenden Fragen ganz wichtige Beiträge geleistet.

Ich begrüße Sie herzlich, Frau Prof. Irena Kotowska von der traditionsreichen Warschauer Handelsschule, auf Englisch Warsaw School of Economics, die elf der 21 Wirtschaftsminister Polens seit 1989 absolviert haben. Jetzt weiß ich nicht, welche Rückschlüsse man daraus ziehen kann, auf jeden Fall ist es interessant. Das Thema Quoten wird in den zwei vor uns liegenden Gesprächsrunden eine Rolle spielen, nehme ich an, nicht unbedingt unter der Bezeichnung, aber Geschlechtergerechtigkeit wird vermutlich unter unterschiedlichen Blickwinkeln thematisiert werden, auch in den Bereichen, die wir in unserem Einladungstext namentlich erwähnt haben, nämlich Sozial- und Familienpolitik, im Schul- und Bildungssystem, auf dem Arbeitsmarkt, bei der Migration, in der Pflege.

Bei der personellen Zusammensetzung der Panels spielt das Thema Quote indes keine Rolle, lieber Herr Prof. Bertram, den ich hier ebenfalls herzlich begrüße. Ebenso wie die beiden Moderatoren des Nachmittags, Herrn Reinhold Vetter und Herrn Dr. Manfred Sapper. Ich darf sie Ihnen kurz vorstellen. In der Regel werden ja die Moderatoren nicht so vorgestellt, ich denke da an Bücher und ihre Übersetzungen – da werden die Autoren genannt, die Herausgeber, aber die Übersetzer haben Glück, wenn sie überhaupt erwähnt werden. Ein bisschen hat sich das verbessert, auch möglicherweise durch die Arbeit des Deutschen Polen-Instituts, im deutsch-polnischen Bereich zumindest, aber die Übersetzer sind so marginalisiert wie die Moderatoren, natürlich nicht hinsichtlich ihrer Position, aber hinsichtlich ihrer namentlichen Erwähnung zur Begrüßung. Reinhold Vetter, Ingenieur und Politikwissenschaftler, freier Publizist, ehemals HANDELSBLATT-Korrespondent in Warschau. Er hat zahlreiche Publikationen zu Polen und Ostmitteleuropa auf dem Gewissen, eine Wałęsa-Biografie, eine Geremek-Biografie ist in Vorbereitung. Dr. Manfred Sapper ist Politikwissenschaftler und Chefredakteur der Zeitschrift OSTEUROPA und Spezialist für fast alles.

Die Alterspyramide steht seit langer Zeit schon auf dem Kopf. Reichlich spät nehmen die Gesellschaften und die Politik in Deutschland und Polen wahr, dass die Bevölkerung in den nächsten Jahrzehnten deutlich altern und zurückgehen wird. Mit Expertinnen und Experten aus beiden Ländern wollen wir über die Ursachen und Folgen des demografischen Wandels

sprechen und politische wie gesellschaftliche Maßnahmen diskutieren, wie in beiden Ländern die Herausforderungen der Zukunft angenommen werden. Die wichtigsten Bereiche sind eben bereits kurz von mir aufgezählt worden. Die Konferenz wird sich in zwei Panels den Herausforderungen des demografischen Wandels in Deutschland und in Polen in den Bereichen der Politik, Gesellschaft und Wirtschaft widmen. Beide Länder sind mit zurückgehenden Geburtenraten konfrontiert. Seit Jahrzehnten in Deutschland und seit Jahren schon in Polen. Nach aktuellen statistischen Angaben ist die Geburtenrate in Polen auf einem Rekordtief angelangt und hat Deutschland im Abwärtstrend sogar überholt. Deutschland ist ein Einwanderungsland geworden, seit Kurzem das gelobte Land gut ausgebildeter junger Menschen, vor allem auch aus Südeuropa. Der »Braindrain« beunruhigt auch die polnische Politik. Mobilität, Zuwanderung, Willkommenskultur – das sind Stichworte in Deutschland. In Polen mögen die Begriffe im Einzelnen anders lauten, aber bei unseren Nachbarn geht es um vergleichbare Trends und Defizite. Die vielen auf den ersten Blick widersprüchlichen Entwicklungslinien wollen verstanden werden. Demgegenüber wirkt die Politik und nicht zuletzt die Familien- und Bildungspolitik teilweise bedenklich ratlos. Hastig werden Programme aufgelegt, die sich oft schon nach kurzer Zeit als wenig wirksam und nachhaltig erweisen.

Nun, ich habe nicht die Absicht, Reinhold Vetter und Manfred Sapper die Anmoderation und Einführung in die beiden Gespräche abzunehmen, denen wir mit Erwartungen entgegensehen. Nun können Sie aber nachvollziehen, was uns, das Deutsche Polen-Institut, bewegt hat, für das zweite Berliner Gespräch das Thema des demografischen Wandels zu wählen, ein Thema, das beide Länder nunmehr gleichzeitig und vielfältig herausfordert. Wie Sie der Einladung entnehmen konnten, wird in der ersten Diskussionsrunde mit Frau Ministerin Wóycicka und Frau Prof. Süßmuth die politische Erfahrung und Praxis zu Wort kommen. In der zweiten Gesprächsrunde werden die Themen der ersten Runde aufgegriffen und weiter vertieft werden. Es werden auch bisher womöglich noch gar nicht thematisierte Aspekte und Effekte des demografischen Wandels, seine Ursachen und Wirkungszusammenhänge angesprochen, Schlussfolgerungen gezogen und Forderungen an die Politik gestellt. Deren Antworten werden wir allerdings nicht mehr in diesen Nachmittagsrunden hören, sondern in den nächsten Jahren am eigenen Leib erfahren. Ich wünsche Ihnen einen angenehmen Nachmittag und übergebe Reinhold Vetter und den beiden Referentinnen das Wort. Herzlich willkommen!



Panel 1: Prof. Dr. Rita Süßmuth, Reinhold Vetter, Irena Wóycicka

Panel 1

Demografischer Wandel: Was kann Politik leisten?

Reinhold Vetter: Meine Damen und Herren, auch meinerseits ein herzliches Willkommen. Mein Name ist schon gefallen. Unser Thema ist der demografische Wandel. Das ist ja eigentlich ein Thema für eine mehrtägige Konferenz oder für ein längeres wissenschaftliches Symposium. Wir versuchen es trotzdem. Lassen Sie mich noch ein paar Sätze zu unseren beiden Referentinnen sagen. Links neben mir sitzt Irena Wóycicka. Etwas salopp gesagt, Irena ist so etwas wie ein sozialpolitisches Urgestein in Polen. Sie hat sich schon in oppositionellen Zeiten, in den 1970er Jahren, mit diesem Thema befasst, war Redaktionsmitglied der oppositionellen Zeitung ROBOTNIK und hat dort an einem doch historischen Dokument mitgearbeitet, nämlich an der Charta der Arbeiterrechte, die später eine große Rolle spielte. Sie war im Frühjahr 1989 auch an den Beratungen am berühmten Runden Tisch beteiligt, später Beraterin von Jacek Kuroń, auch eine Ikone der polnischen Opposition, und Vizeministerin im Sozialministerium. Dann war sie tätig im Instytut Badań nad Gospodarką Rynkową, also am Institut für marktwirtschaftliche Studien, und arbeitet jetzt seit einiger Zeit in der Kanzlei von Staatspräsident Bronisław Komorowski. Aus dieser Kanzlei ist vor zwei Wochen ein wichtiges Papier zu Themen der Sozialpolitik bzw. der Familienpolitik erschienen. Gestern hat die Wochenzeitung POLITYKA das schon besprochen. Ich nehme an, dass sie uns auch einige Sätze zu diesem Papier sagen wird. Rechts neben mir sitzt Frau Prof. Rita Süßmuth. Ich weiß nicht, ob man Rita Süßmuth vorstellen muss oder überhaupt vorstellen kann. Wenn man ins Netz geht, findet man eine dreiseitige Auflistung ihres Schaffens, ihrer ehrenamtlichen Tätigkeiten, der Auszeichnungen, die sie bekommen hat. Ihre Präsidentschaft beim Deutschen Polen-Institut, dem heutigen Mitveranstalter, wurde schon genannt; zudem war sie Bundestagspräsidentin. Aber für unseren Zusammenhang ist das Wichtigste: Meiner Meinung nach gehört Rita Süßmuth zu den wichtigsten Fürsprechern guter deutsch-polnischer Beziehungen und sie hat auf diesem Gebiet auch sehr viel geleistet. Herzlich willkommen!

Ich glaube, dass die Gesellschaften in diesen beiden Ländern, also in Polen und in Deutschland, seit der Wende 1989 tiefgreifende Veränderungen durchmachen. Die Menschen in Polen und in der früheren DDR mussten sich an ein neues politisches und wirtschaftliches System gewöhnen, mussten sich anpassen, einarbeiten. In Deutschland kam noch die Notwendigkeit der Zusammenführung der beiden Gesellschaften hinzu und all das bedeutete natürlich eine große Herausforderung für viele Menschen. Einerseits entwickelten sich neue Bildungsmöglichkeiten, neue Karrieremöglichkeiten im

Beruf, andererseits wurde aber auch die Gefahr größer, dass man sozial abstürzt und ausgegrenzt wird. Also vor dem Hintergrund, glaube ich, ist es sehr interessant, den demografischen Wandel in beiden Ländern zu diskutieren, vielleicht auch zu vergleichen und zu schauen, ob man nicht etwas zusammen tun kann, vielleicht auch auf der Ebene der Europäischen Union. Ich gebe das Wort an Irena Wóycicka.

Irena Wóycicka: Reinhold Vetter hat Bezug genommen auf 1989 als das Jahr tiefgreifender Veränderungen in Polen und der ehemaligen DDR. Ich möchte an einen ganz konkreten Tag in jenem Jahr erinnern, an den 4. Juni. Vor zwei Tagen haben wir in Polen den 24. Jahrestag der Parlamentswahlen begangen, die zur Entstehung der ersten nichtkommunistischen Regierung im Ostblock führten. Damit begann ein rasanter Veränderungsprozess in ganz Osteuropa. Es gab – aufgrund des Kompromisses am Runden Tisch – nur teilweise freie Wahlen, die zur Überraschung beider Seiten, sowohl der Solidarność als auch der Kommunisten, die Solidarność gewann, was den Weg frei machte für die Bildung der ersten nichtkommunistischen Regierung im Ostblock mit Tadeusz Mazowiecki als Ministerpräsident. Warum spreche ich über den 4. Juni? Weil in jenem Jahr und in der Folgezeit rasche wirtschaftliche und gesellschaftliche Veränderungen begannen, die demografische Prozesse in Polen in Gang setzten und verstärkten, welche man bis heute beobachten kann. Dabei geht es einerseits um einen für europäische Maßstäbe sehr schnellen Anstieg der Lebenserwartung, der seit 1991 bis jetzt etwa sechs Jahre beträgt. Das ist wirklich ein sehr schneller Anstieg nach einer langen Phase der Stagnation auf sehr niedrigem Niveau vor 1990. Der Anstieg der Lebenserwartung weist auf einen sehr positiven Effekt der gesellschaftlichen Veränderungen hin, den es in Polen gegeben hat. Andererseits hat sich in den Jahren 1989–1990 die Tendenz zum Geburtenrückgang verstärkt, die sich in Polen bereits in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre abzuzeichnen begann. Im Jahr 1990 fiel zum ersten Mal in der Nachkriegszeit Polens die Geburtenrate unter das Bestandserhaltungsniveau von 2,1 Kindern pro Frau im gebärfähigen Alter. 1990 betrug die Geburtenrate 1,9. Ab diesem Moment beobachten wir einen relativ schnellen, wenn auch zuweilen schwankenden Rückgang in Polen, der 1997 eine weitere wichtige Grenze unterschritt, die die Demografen die Reproduktionsgrenze nennen, d.h. er sank unter ein Niveau von 1,5. Somit haben wir einerseits den Geburtenrückgang und andererseits einen schnellen Anstieg der Lebenserwartung. Beide Prozesse weisen eine sehr starke Dynamik auf, was zur Folge hat, dass Polen, das gegenwärtig immer noch eines der jüngsten Länder Europas ist, wenn es um die Bevölkerungsstruktur geht, sich verändern wird, ja schon begonnen hat, sich demografisch zu verändern, und zwar wesentlich schneller als viele Länder Westeuropas, Deutschland eingeschlossen. Nach Prognosen von Eurostat wird Polen im Jahr 2060 mit

am stärksten von Überalterung betroffen sein, was das hohe Tempo demografischer Veränderungen in Polen gegenüber anderen EU-Ländern zeigt. Zu diesen Veränderungen kommen allgemeine gesellschaftliche Prozesse hinzu, die man, vor allem wenn es um den Geburtenrückgang geht, in sehr unterschiedliche Bereiche unterteilen kann, wie etwa den Nachwende-Stress, die wachsende Instabilität des Arbeitsmarktes, die Arbeitsmarktprobleme jüngerer Menschen und ihre damit einhergehenden Schwierigkeiten mit der Familiengründung und andererseits neue Möglichkeiten, die eigenen wachsenden Ansprüche zu befriedigen, die zu realisieren junge Leute in Polen zuvor sich nicht einmal hatten vorstellen können. Es sind Ansprüche in Bezug auf berufliche Karriere, Wohlstand, Mobilität, individuelle Entwicklung, die im kommunistischen Polen als Möglichkeit ganz einfach ausgeschlossen waren. Diese Möglichkeiten haben sich sehr schnell eröffnet und beeinflussen die Einstellungen der Polen zum Kinderbekommen signifikant, denn die Entscheidung, Eltern zu werden, ist mit diversen Schwierigkeiten und Einschränkungen bezüglich der möglichen Verwirklichung sozialer Ansprüche behaftet.

Offenbar ist das Tempo der Veränderungen so hoch und wird dies auch in Zukunft sein, dass das gesellschaftliche Bewusstsein und die Wahrnehmung dieser Veränderungen gar nicht nachkommen und insbesondere die Möglichkeit, gesellschaftliche Anpassungsprozesse an diese Veränderungen in Gang zu setzen, eingeschränkt wird. Es ist schwierig, die Gesellschaft dafür zu sensibilisieren, damit begriffen wird, worauf die Veränderung der Bevölkerungsstruktur basiert und wie sich diese im Leben der Familien, konkreter Familien, in der Beziehung zwischen den Generationen, der gegenseitigen Erfüllung von Verpflichtungen, der Fürsorge und Zusammenarbeit zwischen den Generationen innerhalb der Familien wie auch der Gesellschaft insgesamt niederschlagen wird. In welchem Maße sie die Grenzen der wirtschaftlichen Entwicklung und der Verbesserung der Lebensqualität tangieren wird. Ich glaube, dass auf all diese Herausforderungen eine langfristige und konsequente Antwort notwendig ist, die einerseits die Auswirkungen der Veränderungen, über die wir reden und die mittelfristig unausweichlich sind, abmildern kann. Andererseits muss man Antworten suchen, die langfristig, über einen Zeitraum von mehr als 20 Jahren auch den Prozess selbst abmildern können, indem man eine Familienpolitik entwickelt, die zu einem allmählichen Geburtenanstieg führt und längerfristig die negativen Veränderungen der Bevölkerungsstruktur abzumildern hilft.

Diese Aufgabe, sich die mittelfristig unausweichlichen demografischen Veränderungen bewusst zu machen, eine Debatte über die demografischen Herausforderungen zu führen, einen politischen und gesellschaftlichen Konsens über die grundlegenden Aufgaben wie auch konkrete Aktionsprogramme zu finden, ist eine der wichtigsten Prioritäten in der Präsidentschaft von Bronisław Komorowski und findet ihren Ausdruck unter anderem, aber nicht

nur, in diesem Papier, das Herr Vetter eben angesprochen hat. Auf Initiative des Präsidenten werden Debatten und Konferenzen über den demografischen Wandel und die Familienpolitik initiiert. Der Präsident hat sich unter anderem sehr stark engagiert, so hat er grundsätzlich die Regierung bei der im vergangenen Jahr durchgeführten, sehr schwierigen Rentenreform inspiriert und später stark unterstützt, deren Ziel es ist, das Rentenalter in Polen im Jahr 2040 auf 67 Jahre anzuheben. Dank dieser Reform werden die Renten der Polen in Zukunft wesentlich höher sein, was viele ältere Menschen vor Altersarmut bewahren wird. Auf seine Initiative hin enthält diese Reform das Programm eines stufenweisen Übergangs in die Rente, das es älteren Menschen ermöglichen sollte, die Arbeitszeit nach ihren Möglichkeiten flexibel zu gestalten. Das erwähnte Papier »Gutes Klima für die Familie. Familienpolitisches Programm des Präsidenten der Republik Polen« zielt darauf ab, einen Konsens über eine auf die demografische Erneuerung gerichtete Familienpolitik zu erreichen. Es geht darum, einen stabilen politischen und gesellschaftlichen Konsens über die Familienpolitik zu erreichen, denn nur eine konsequente, nachhaltige Familienpolitik kann die Grundlage für eine demografische Erneuerung Polens schaffen. Das Programm entstand auf der Basis von Empfehlungen eines breit aufgestellten Expertenteams, mit der hier anwesenden Frau Prof. Kotowska an der Spitze. Es baut auf einigen Grundprinzipien auf, die – wie wir hoffen – zur Basis eines politischen Konsenses über die Familienpolitik in Polen werden können. Wir wollen Politik und Gesellschaft davon überzeugen, dass Familienpolitik eine Investition in die Entwicklung des Landes ist und dass sie sich darauf konzentrieren sollte, die Barrieren zu überwinden, die der Entscheidung, Eltern zu werden, im Wege stehen, aber nicht auf die Erhöhung der Geburtenrate durch finanzielle Anreize, die die Entscheidung für Kinder fördern sollen. Wir glauben, dass man einen Anstieg der Geburtenrate nicht um jeden Preis anstreben sollte, sondern dass Kinder in Familien geboren werden sollten, die dies wollen und die bereit sind, die mit der Elternschaft verbundenen Anstrengungen zu tragen.

Die Politik in Polen, die den Druck der Verhältnisse spürt, neigt oft dazu, einfache und populistische Lösungen zu suchen, wie die Erhöhung von Kindergeld als »Belohnung« fürs Kinderkriegen. Von solchen Ideen der Förderung der Geburtenrate müssen wir loskommen. Das Papier stützt sich auf in Polen gut beschriebene, seit vielen Jahren erforschte Hürden, die jungen Leuten, besonders Frauen, die Entscheidung für Kinder erschweren. Natürlich lassen sich nicht alle diese Hürden beseitigen. Nicht beseitigen lässt sich die Instabilität des Arbeitsmarktes, die die Verspätung der Familiengründung und noch mehr der Entscheidung für Kinder stark beeinflusst. Viel tun kann und sollte man hingegen bei der Vereinbarkeit beruflicher und familiärer Rollen, angefangen bei der Frage der institutionellen Betreuung von Kindern sowohl im Kleinkind- als auch im Grundschulalter, der Aufgabenteilung im Haushalt

und der Förderung des Engagements von Vätern bei der Kinderbetreuung, der Regelung der Elternzeit oder der Flexibilisierung der Arbeitszeit. Das Programm konzentriert sich auch auf die für Polen typische Problematik des Mangels an Wohnungen für junge Leute, die ein gemeinsames Leben beginnen, eine Familie gründen und diese vergrößern wollen. Es präsentiert den Vorschlag einer Steuererleichterung für Familien, die darauf abzielt, dass der Staat einen höheren Anteil an den Kindererziehungskosten übernimmt. Das Papier enthält auch eine umfangreiche Beschreibung nicht nur der strukturellen



Auswirkungen, sondern auch der Auswirkungen »weicher« Maßnahmen, die durch Bildung, durch die Förderung von Einstellungen oder positive Beispiele zu einem Änderungsprozess in vielen Lebensbereichen führen können, Veränderungen, die oft durch die Regierung oder das Parlament »mit auf den Weg gebracht werden«, in Form von Gesetzen, aber auch von Veränderungen, die unterschiedlichste Partner umfassen: Kommunen, die maßgeblich Familienpolitik betreiben, Arbeitgeber, die auf die eine oder andere Weise auf die Bedürfnisse von Eltern im Bereich der Kindererziehung reagieren können, und viele andere Institutionen, einschließlich der Medien, die diesen ganzen Prozess unterstützen können. Es will vor allem eine politische und gesellschaftliche Dynamik rund um das gemeinsame Ziel der demografischen Erneuerung Polens in Gang setzen. Es ist das Bestreben des Präsidenten, eine gemeinsame, stabile und nachhaltige Grundlage für die Familienpolitik zu finden. Vielen Dank!

Reinhold Vetter: Vielen Dank, Irena Wójcicka. Ich will das jetzt nicht alles zusammenfassen. Es gab eine ganze Reihe interessanter Anknüpfungspunkte. Ich möchte an einer Stelle nachfragen. Erstens: Wie präsent ist die Thematisierung des demografischen Wandels und all dessen, was damit verbunden ist, in der polnischen Öffentlichkeit? Und zweitens: Gibt es schon Reaktionen der verschiedenen politischen Parteien? Gibt es Reaktionen der Gewerkschaften auf dieses doch interessante Papier mit sehr wichtigen Vorschlägen zur steuerlichen Erleichterung von kinderreichen Familien, zur Schaffung von Wohnraum, zur Bereitstellung angenehmerer Arbeitsverhältnisse für Mütter mit Kindern? Und noch etwas: Nach wie vor ist die Arbeitslosigkeit in Polen relativ hoch. Ist das nicht eine wichtige Bremse, eine große Schwierigkeit, um überhaupt Sozialpolitik weiterzuentwickeln?

Irena Wóycicka: Es fällt mir sehr schwer, die Frage zu beantworten, ob der demografische Wandel in der öffentlichen Diskussion in Polen präsent ist, irgendwie schon, aber die Debatte dringt nicht zum Kern des Problems vor. Politische Parteien wie Fachkreise neigen dazu, nach populären, aber partiellen Lösungen zu suchen, die im Allgemeinen wenig realistisch sind und die wesentlichen Probleme der Familien nicht berühren. Manchmal sprechen die Medien von der Alterung der Bevölkerung in einer Sprache, die Ängste und Ratlosigkeit hervorruft, aber nicht in einer Sprache, die die Probleme benennt, Lösungen sucht und an die Erfahrungen der Familien anknüpft, sie in diesen Prozess einbezieht. Insofern gibt es wohl eine Diskussion, aber meiner Meinung nach keine, die gute Ergebnisse bringen kann. Es besteht zweifellos ein Interesse an der demografischen Problematik, und der Präsident hofft, dass das Programm der Familienpolitik, an dem er jeden teilhaben lassen möchte, der dafür offen ist, dass dieser Vorschlag in einzelnen Teilen oder insgesamt annehmbar ist, dass man etwas ergänzen kann, dass er die Grundlagen der Diskussion vertieft. Das ist besonders wichtig im Kontext der Familienpolitik, d.h. einer langfristigen Politik, die über viele Jahre hinweg Konsequenz erfordert, weil man Kinder, wie der Präsident sagt, nicht für eine Wahlperiode zur Welt bringt. Polen gibt nicht besonders viel aus für Familienpolitik, obwohl es auch nicht ganz wenig ausgibt, aber diese Investitionen schlagen oft fehl, sind inkonsequent und nicht umfangreich genug, um langfristige Verbesserungen bringen zu können. Es ist schwierig, sich für ein Kind zu entscheiden, wenn die Eltern nicht wissen, ob sie die Kinder in den Kindergarten schicken können oder ob stattdessen gerade die Zuwendungen gekürzt werden und die Kosten für die Kindergartenbetreuung steigen. Dieses Beispiel zeigt das Dilemma der polnischen Familien, die von den Veränderungen und der Instabilität der Familienpolitik regelmäßig überrascht werden. Sie haben nach der Arbeitslosigkeit gefragt – es ist so, dass Polen in diesem Moment nach den Daten von Eurostat eine Arbeitslosigkeit von knapp 11 Prozent hat. Das bewegt sich auf einem mittleren europäischen Niveau und ist unter dem Durchschnitt der Eurozone. Verglichen mit einigen EU-Ländern, wo die Arbeitslosigkeit gegenwärtig über 20 Prozent erreicht, ist die Situation in Polen nicht so schlecht. Wenn ich mir die polnischen Geburtenzahlen und den langfristigen Verlauf der Arbeitslosigkeit ansehe, glaube ich, dass eine hohe Arbeitslosigkeit die Entscheidung für Kinder negativ beeinflusst. Die Menschen schieben die Entscheidung für Kinder nicht nur dann hinaus, wenn sie arbeitslos sind, sondern auch dann, wenn sie Arbeitslosigkeit befürchten. Geht es uns hingegen um eine Familienpolitik, die auf einen langfristigen Anstieg der Geburtenrate zielt, dann sprechen wir über sie in einer Dimension von Jahrzehnten und nicht eines einzelnen Konjunkturzyklus.

Reinhold Vetter: Ich habe noch eine zweite Nachfrage. Warschauer Soziologen, wie Janusz Czapiński beispielsweise, sprechen von einer gegenwärtig sehr nervösen polnischen Gesellschaft; unter den Bedingungen der neuen Marktwirtschaft habe das Konkurrenzdenken zugenommen, jeder fahre die Ellenbogen aus, jeder versuche sich zu behaupten. Wie steht es überhaupt um das Bewusstsein für Sozialpolitik? Meinen fast alle Leute, das sei allein eine Sache des Staates? Oder gibt es auch welche, die vielleicht darüber nachdenken, ob sie sich in welcher Form auch immer sozialpolitisch engagieren können?

Irena Wóycicka: Ich würde sagen, dass die polnische Gesellschaft individualistisch ist – das ist eine Eigenschaft mit positiven wie negativen Aspekten. Dieser Individualismus beruht auf einer Verantwortung für sich selbst und die Familie, darauf, dass man auf sich selbst vertraut, auf fleißige Arbeit, auf Herausforderungen, die man sich stellt, und er ist der Motor der polnischen Entwicklung nach 1989. Ohne diesen Individualismus, ohne diesen Ehrgeiz, dieses Bedürfnis nach Wohlstand, den Wunsch, die Rückstände im Lebensstandard zwischen Polen und den reichen EU-Ländern aufzuholen, sich auf diesem außergewöhnlich schwierigen Markt zu behaupten, hätten wir nicht solche wirtschaftlichen Erfolge gehabt. Aber natürlich hat der Individualismus auch seine Kehrseite, das ist so ein »Unbehagen gegenüber dem Gemeinsamen«. Damit meine ich die Schwierigkeit, einen Konsens zu finden, insbesondere was Hilfe für andere durch staatliche Strukturen betrifft, obwohl die Polen andererseits sehr gern karitative Aktionen unterstützen wie zum Beispiel das »Große Orchester der Weihnachtshilfe«, das alljährlich Dutzende Mio. Zloty zugunsten kranker Kinder sammelt. Es werden auch Anspruchshaltungen sichtbar, was auch gewissermaßen typisch dafür ist, ein Problem nicht gemeinschaftlich anzugehen, sondern es nur aus der eigenen Perspektive zu betrachten. Ich glaube, dass wir bei der Erziehung der Jugend größeren Wert auf die Vermittlung von Solidarität als Grundlage der Sozialpolitik legen sollten.

Reinhold Vetter: Ich habe doch noch eine weitere Nachfrage. Meine Erfahrung bei solchen Diskussionen ist, dass immer irgendwann die Frage nach der katholischen Kirche kommt, weil man sich Polen immer noch als katholischen Monolithen vorstellt, was aber schon lange nicht mehr der Fall ist. Aber deshalb die Frage: Schwindet der Einfluss der katholischen Kirche in Sachen Lebensstil, Familie, Kinderkriegen?

Irena Wóycicka: Polen ist eine pluralistische Gesellschaft; obwohl über 90 Prozent der Polen sich als Katholiken bezeichnen, bleiben der Lebensstil, die Entwürfe, die Lebensweisen sehr heterogen, und man kann schon sagen, dass insofern die Botschaft der katholischen Kirche Einstellungen und kon-

krete Entscheidungen der Polen immer weniger beeinflusst. In Polen gibt es einen gesellschaftlichen Wandel, auch wenn dieser, wie ich finde, was den Einfluss der Kirche angeht, wesentlich weniger fortgeschritten ist als in anderen Ländern Europas. So steigen etwa die Zahl der Scheidungen und die Anzahl der Kinder, die in außerehelichen Verbindungen zur Welt kommen, trotzdem ist die Anzahl der Scheidungen immer noch relativ klein, und die überwiegende Mehrheit der Kinder wächst in formellen Beziehungen auf. Es gibt auch Milieus in Polen, die sehr stark im katholischen Glauben verankert sind, diesen sehr ernst nehmen und sich bemühen, katholische Werte über ihr eigenes Familienleben hinaus auch auf das gesellschaftliche und politische Leben zu übertragen, was manchmal zu Konflikten führt.

Reinhold Vetter: Ich glaube, jetzt wird es langsam Zeit, dass wir Frau Süssmuth das Wort geben. Ich habe gesehen, dass Sie schon eifrig Notizen gemacht haben. Vielleicht können Sie in Ihrem Beitrag schon ein wenig versuchen, sich auch auf das zu beziehen, was Irena Wóycicka gesagt hat. Sie haben das Wort.



Rita Süssmuth: Ich wurde gebeten, dies jetzt aus deutscher Erfahrung und Perspektive darzustellen. So habe ich beim Zuhören und bei dem, was ich in den letzten Jahren gelesen habe, vieles von dem gefunden, was wir gemeinsam haben, und vielleicht ergänzende Perspektiven entdeckt, die sich anders entwickelt haben. Die Frage, die wir heute besprechen, ist eigentlich seit Mitte der 1960er Jahre ein Thema. Mit der Erfindung und der Markteinführung der Antibabypille hat sich seit 1964 die Geburtenrate in den vergangenen Jahrzehnten um die Hälfte reduziert. Wir liegen in der Bundesre-

publik nicht mehr bei einer Reproduktionsrate von 2,3 Kindern, sondern bei 1,33. Im Vergleich dazu lag in Polen die Rate noch um die Wendezeit und vor der Wende bei 1,9, dann ging es herunter auf 1,27, auch noch im Jahr 2006, jetzt liegt sie wieder bei 1,3, wenn ich das Jahr 2011 betrachte. Ich behaupte nicht, dass dies alles eine Folge der Planungsmöglichkeiten von Geburten sei, denn die Gründe, die Sie angegeben haben, treffen in hohem Maße auch auf Deutschland zu. Wir haben ja eigentlich nur zwei Regionen in Europa, wo die Rate höher liegt – ich nenne einmal Frankreich: 1,8, und die skandinavischen Länder, hier liegt die Geburtenrate bei bis zu 2,1 und 2,2. Aber auch in diesen Regionen Europas zeichnet sich eine Stabilisierung ab; für die einen auf einem etwas höheren Niveau, bei uns auf einem niedrigen Niveau. Alle hochentwickelten Länder haben mit diesem Problem zu tun: Kanada, Japan,

auch die USA – hier ist die Reproduktionsrate immer noch am höchsten. Es ist durchaus auch ein strukturelles Problem und ich warne davor zu sagen, die Menschen seien individualistischer, insbesondere die Frauen, die seien ja sowieso an allem schuld, es liege daran, dass sie egoistischer seien und keine Kinderwünsche mehr hätten. Alle Studien zeigen, dass die Kinderwünsche in Deutschland, und übrigens auch in Polen, sehr hoch liegen im Vergleich zu den Kindern, die tatsächlich geboren werden. Das heißt, wir haben nach wie vor die Frage: Welche Barrieren gilt es abzubauen?

Ich möchte davor warnen zu glauben, mit Geld würden wir die Geburtenrate entscheidend höher treiben. Wir geben doch so viel Geld aus! Wir haben es immer wieder neu versucht, mit Elterngeld, jetzt mit einem weitaus höheren Geldstock und der Freistellung für ein Jahr und zwei Monate und mit Beteiligung der Männer. Warum gehen die Geburtenraten nicht hoch? Diese finanziellen Mittel haben durchaus ihre Bedeutung, das möchte ich überhaupt nicht bestreiten, aber man sollte nicht glauben, dass sich das Verhalten verändern wird, wenn man die Finanzen zur Verfügung stellt. Denn die Gründe, die die Kollegin eben angeführt hat, liegen viel tiefer, als wir gemeinhin annehmen – in Risiken, Ängsten, Befürchtungen. Bei der Akademikergeneration glaubte man, wenn wir die Elternbeträge hochsetzen für die Zeit der Freistellung, dann wird sie mehr Kinder haben – das hat sich bisher aber so nicht erfüllt. Die Unsicherheit in Bezug auf einen halbwegs planbaren und sicheren Arbeitsplatz spielt, selbst bei Akademikern, eine große Rolle, weil sie sagen: Wenn ich nur einen Einjahresvertrag habe – manche haben nur Sechsmonatsverträge oder auch Zweijahresverträge –, was passiert danach? Ein dritter Grund ist: Finde ich den Partner, der mit mir Kinder haben möchte? All dies kommt zusammen. Natürlich besteht in einer pluralistischen Gesellschaft, wo ich ein Leben auch in anderer Weise verwirklichen kann, als ich das früher konnte, ein anderer Tatbestand. Aber in der Bundesrepublik – und das erleben Sie auch in Polen – gibt es einen Tatbestand, den ich noch mal nenne. Als ich Ministerin war, waren 38 Prozent der Frauen im erwerbsfähigen Alter erwerbstätig. Heute sind es 73 Prozent. Das heißt, Fragen wie »Wie kann ich Familie und Beruf miteinander vereinbaren?« diskutieren wir zwar seit Mitte der 1960er Jahre, aber wir haben immer noch die alten Themen, heute manchmal in veränderten qualitativen und quantitativen Kategorien, z. B.: Wie viel Zeit haben wir eigentlich für die Familie?

Es gibt aber auch Positives, wie die Entdeckung der Vaterrolle. Wir sollten uns nicht im Taumel eines Katastrophenszenarios bewegen: Die Möglichkeit, dass Väter zwei Monate Elternzeit nehmen, wurde jahrelang von weniger als 5 Prozent der Väter wahrgenommen; heute hingegen sind es schon 27 Prozent und das Gesetz ist noch keine fünf Jahre in Kraft. Das zeigt, dass bei den Vätern etwas entstanden ist; zum Teil nehmen sie ja auch mehr als zwei Monate Elternzeit, wenn der Betrieb das hergibt oder wenn die Partner das vereinbaren.

In der Bundesrepublik gibt es mehrere Phasen, in denen man sich mit den demografischen Fakten auseinandersetzt. Ich habe eine erlebt, die von lauter Verdrängung bestimmt war. Verdrängung, das meine ich in dem Sinne: Das ist ja katastrophal, was da auf uns zukommt, das können wir der Bevölkerung überhaupt nicht zumuten, wir warten noch. Wir haben so lange gewartet, bis die Tatbestände so aufdringlich sichtbar wurden, dass wir sie nicht mehr verdrängen konnten. Alleine im Parlament haben wir drei Enquetekommissionen zum demografischen Wandel gehabt. In der letzten habe ich gefragt: Was wollt ihr denn jetzt eigentlich behandeln? Und dann haben sie geantwortet, ja, wissen Sie, eigentlich haben wir jetzt alles erforscht, schon zwei Mal, aber wir konnten uns nicht darauf einigen, ob in dieser Situation das Stichwort Zuwanderung oder Einwanderung, Migration aufgenommen werden soll oder nicht. Und Sie sehen auch noch im jüngsten Demografie-Bericht, mit welcher Vorsicht, entgegen den jüngsten Entwicklungen, die Herr Bingen eben genannt hat, über Zuwanderung geredet wird, denn das könnte unsere Bevölkerung erschrecken, das nimmt Arbeitsplätze weg und das machen wir erst, wenn es gar keine Arbeitslosigkeit mehr gibt. Dann gab es eine zweite Phase, die sehr stark von Experten bestimmt war, die intensiv an diesem Thema arbeiteten, und zwar nicht nur familienpolitisch, sondern, ohne das Wort »nationale Bevölkerungspolitik« wegen seiner negativen Assoziation zu benutzen, mit der Frage: Wie sieht es denn mit Kinderwünschen und der Ermöglichung und Realisierung von Kinderwünschen aus? Der gesamte Komplex ist auch sehr stark abhängig von der Sozialpolitik, von der Alterssicherung, d.h. der Rentenfrage, oder – ich denke hier insbesondere an die Wirtschaftswissenschaften – von der Frage: Wie sieht eigentlich die zukünftige Arbeitswelt aus? Mitunter werden ja Horrorzahlen genannt. Wenn es nur nach der Statistik ginge, müssten wir schon längst bei weit unter 80 Mio. Einwohnern angekommen sein. Aber diese Situation ist so doch noch nicht eingetreten.

Ein Tatbestand ist die Alterung, aber hier erwähne ich gleich ein ganz erfreuliches Phänomen: Wir haben andere Altersbilder. So wie wir Frauen uns verändert haben, obwohl wir uns nicht so verändern sollten, haben sich auch die Älteren verändert. Als ich im Amt war, haben wir nur ein Thema rauf und runter diskutiert – mit langen Phasen bis zur Einführung der Pflegeversicherung –, das bestand aus zwei Wörtern: Betreuung und Pflege. Dieses Aktiv-Älterwerden, Sie haben eben von der Rente mit 67 gesprochen, das sind so junge Phänomene, dass diese Entwicklung natürlich auch mächtige Veränderungen im Erleben der Menschen, in der Umstellung ihres Verhaltens zur Folge hat, und wir haben heute eine sehr aktive und produktive Altersbildung. Dabei hat uns wiederum die Altersforschung in Verbindung auch mit der Hirnforschung ein großes Stück weitergeholfen, sodass dieser Schrecken ein Stück weit genommen ist, weil auch ältere Menschen mit ihren neuen Möglichkeiten sich anders verhalten. Wichtig dabei ist, nicht in neue Pauschalregelungen zu ver-

fallen. Das haben wir bei den Familien nie richtig geschafft, da galt immer eine Formel für alle. Und so sehen wir uns wiederum der Tatsache gegenüber, ich sage das auch für die Regelung 67, dass es Menschen gibt, die nicht bis 67 arbeiten können, die so erschöpft sind, ausgehöhlt oder auf Grund ihrer gesundheitlichen Bedingungen nicht mehr in der Lage dazu sind. Wir brauchen heute differenziertere Lösungen.

Das gilt auch für die Frage kinderreicher Familien. Heute sind eigentlich nicht die Armen die kinderreichen Familien, sondern weit mehr die gutsituierten Familien, doch auch sie haben Probleme, vielleicht weniger finanzielle, dafür aber andere, z. B. im Bereich der Kinderbetreuung. Das war in der Bundesrepublik ein sehr starkes Thema. Kollege Bertram wird gleich noch mal darüber sprechen. Wir haben uns selbst lauter Beinchen gestellt, weil wir der Meinung waren, auch stark beeinflusst durch psychoanalytische Theorien, das Kind müsse bis zum dritten Lebensjahr nur bei der Mutter sein, sie sei die einzige Bindungsperson für das Kind. Dass das Kind Bindungspersonen braucht, um sich zu entwickeln – ja. Aber heute wissen wir, wie interessiert schon Kleinstkinder an Kindern sind, sodass sie auch Beziehungen aufnehmen. Als ich Ministerin war, war das Wort »Krippe« Teufelswerk: »Das ist sozialistische Erziehung, da kann nichts Gutes herauskommen.« Tagesmütter waren auch nicht akzeptiert, da befürchteten die Kinderärzte große Schädigungen für die Kinder, sodass wir immer noch in einem Lernprozess stecken. Ich würde den aber als einen positiven bezeichnen, wie wir Bedürfnisse der Eltern mit Bedürfnissen der Kinder verbinden und durch ein gutes qualitatives Angebot an Kinderbetreuung und entsprechend familienfreundlichen Arbeitszeiten dort weiterkommen.

Ich möchte noch drei Stichworte nennen, die in den letzten zwei, drei Jahren für die Bundesrepublik maßgeblich geworden sind. Niemand kann behaupten, man könne demografische Probleme mal eben mit Zuwanderung oder Einwanderung lösen. Aber die Zuwanderer sind zum einen wichtig für den Austausch im Sinne von Bereicherung, Erweiterung, für innovative Prozesse, und darüber hinaus helfen sie auch in der demografischen Situation, Probleme zu lösen.

Nun nenne ich ein Beispiel aus deutsch-polnischer Sicht, wir haben diese Themen in der Deutsch-Polnischen Wissenschaftsstiftung bearbeitet. Polnische Familien sind in Deutschland ja sehr erwünscht, da sie als die besten Arbeitskräfte gelten, die man gewinnen kann. Vor allem die Frauen, weil sie bei der Auswanderung sowieso immer stärker als die Männer vertreten sind, was wir übrigens nicht wahrhaben wollen. Wie erleben die Kinder und die Mütter diese Trennung, selbst wenn es nur drei oder sechs Monate sind? Und das ist übrigens ein weltweites Problem. Wir haben über die »Sozialwaisen« in Polen gearbeitet und darüber, wie wir diese Situation anders gestalten

müssen. Trotzdem nenne ich Ihnen einen Aspekt, der hinzukommt: Die polnischen Pflegerinnen in den privaten Haushalten in Deutschland, aber auch in den Heimen, sind so begehrt, dass man sie am liebsten für immer da hätte. Wir sind hier in Berlin, und hier gibt es kaum ein Badezimmer, das nicht von polnischen Arbeitskräften saniert worden ist, und so könnten wir jetzt weitermachen. Es hat die Befürchtung gegeben, es kämen zu viele Polen, insbesondere als 2011 die Freizügigkeit eintrat, und es hat sich gezeigt, dass das Katastrophenszenario gar nicht einsetzte. Man fragte sich, warum kommen denn nicht mehr Polen nach Deutschland? Trotz der eben schon genannten Arbeitslosigkeit, denke ich, gehört Polen heute zu den Ländern, die morgen in die Eurozone eintreten könnten, es gehört zu den Ländern mit einer starken Wirtschaftskraft. Hier schließe ich und sage zunächst mal in Bezug auf unsere Beziehungen und auf grenzübergreifende Themen: Was haben Polen durch einen Umzug aus polnischen in deutsche Gebiete, z. B. nach Mecklenburg-Vorpommern, also in Regionen mit starker Abwanderung, nicht alles beigetragen, um sie wieder zu reaktivieren, z. B. durch Bauen. Zuwanderung bringt auch so etwas wie neue Nährstoffe. Die Polen, die sonntags zur Kirche gehen, ersetzen die ausfallenden einheimischen Katholiken. Wir sind in einem Lernprozess, bilateral, weltweit, aber ich möchte Ihnen sagen: Verdrängung ist keine Antwort und ich erlebe insbesondere bei Bürgerinnen und Bürgern, gerade in den entlegeneren Gebieten – denn es ist ja nicht in erster Linie ein Stadtproblem, sondern ein Problem in den ländlichen Regionen –, was die an neuen Ideen haben, wie man ländliche Regionen erhalten kann und sich von dem Gedanken entfernt, die Kirche zu verkaufen, Kindergärten zu schließen, Schulen zu schließen, keinen Bäcker, keinen Fleischer mehr im Ort zu haben. Da wird inzwischen so viel in Deutschland bewegt, übrigens von jüngeren und älteren Menschen, dass es Spaß macht, sich mit diesen demografischen Problemen wissenschaftlich und politisch auseinanderzusetzen. Ich danke Ihnen.

Reinhold Vetter: Vielen Dank. Wenn Sie sagen: Polen kommt morgen in die Eurozone, dann habe ich so meine Zweifel. Ich will das jetzt nicht weiter ausdehnen, nur sagen, vergangenen Montag war der Chef der Polnischen Nationalbank, Marek Belka, hier in Berlin und er nannte eine ganze Reihe guter Gründe, warum Polen nicht sofort der Eurozone beitreten sollte, aber das diskutieren wir dann ein andermal.

Rita Süßmuth: Die guten Gründe heißen: Wir begeben uns nicht in Euren Schlamassel hinein.

Reinhold Vetter: Das war auch eines der Argumente von Belka. Ich habe drei Nachfragen und erlauben Sie mir, die erste Nachfrage etwas provokativ zu beginnen. Nach allem, was man hört, hat das Bundesverteidigungsministerium

bei der Planung der Drohne etwa sechshundert Mio. Euro in den Sand gesetzt. Ich will das jetzt nicht direkt in Beziehung setzen zu der Höhe des Sozialetats der Bundesregierung, aber wenn man so etwas hört, kann man schon nervös werden, besonders dann, wenn man sich sozialpolitisch engagiert. Wie sicher sind eigentlich unsere Alterssysteme und wie sind sie finanziell perspektivisch abgesichert? Dies ist die erste Frage. Sie haben gesagt, dass es bei den Phänomenen des gesellschaftlichen Wandels Ähnlichkeiten gibt zwischen Polen und Deutschland. Daraus ergibt sich zwingend die Frage: Was



Reinhold Vetter

können wir denn zusammen machen? Sie haben die Wissenschaftsstiftung erwähnt. Sollen wir uns zusammen beraten? Können wir bestimmte Dinge, bestimmte Maßnahmen gemeinsam ergreifen? Und die dritte Frage: Inwiefern ist eigentlich Sozialpolitik und der Umgang mit dem gesellschaftlichen Wandel ein europäisches Thema? Beide Länder sind Mitglied der EU. Bei der gegenwärtigen Diskussion hört man viel über finanzielle Hilfe für Staaten und für Banken. Über europäische Sozialpolitik wird wenig diskutiert. Ich weiß, dass die EU keine eigene Kompetenz in der Sache hat, aber trotzdem kann man dem nachgehen. Immerhin hat man angefangen, über die Jugendarbeitslosigkeit in Europa zu diskutieren.

Rita Süßmuth: Ich beginne mit Ihrem ersten Punkt: Wie sicher sind die Alterssicherungen? Da möchte ich sehr klar sagen: Sicher sind sie nicht. Auch wenn Norbert Blüm sich immer anders ausdrückte. Wir müssen fragen: Wie schaffen wir ein Mehr an Sicherheit, vor allem auch im Sinne der Grundversicherung? Wir haben ja nicht mehr Rentenerträge, wie wir sie früher gehabt haben. Auch in Deutschland sind viele Menschen entsetzt, wenn sie sich nach dreißig Arbeitsjahren ihre Rente anschauen. Im Augenblick haben wir Überschüsse und wir streiten darüber, ob wir sie zurückzahlen oder wie wir sie sinnvoll einsetzen. Mir scheint es wichtig, dass wir solche Themen nicht nur mit Experten, sondern auch mit Bürgern stärker diskutieren. Wie kommen wir zu neuen Formen? Ich nenne mal eine aus dem italienischen Bereich, die auf genossenschaftliches Denken bei den Fuggern zurückgeht und schon älter ist als die Genossenschaftsidee des 19. Jahrhunderts. Wie schaffen wir Sicherung nicht nur auf der Basis von Geld, sondern auch von gegenseitigen Solidaritätsleistungen? Das Prinzip der Fugger war: Hast du einem Menschen, obwohl du kein Geld hattest, in Betreuung und Pflege geholfen, dann erhältst auch du Pflege und Betreuung ohne Geld. Das heißt, Personenleistungen wer-

den auch wieder durch Personenleistungen ausgeglichen. Es geht nicht nur über die Schiene Geld. Wir haben bei den Fragen unserer modernen Gestaltung der Sozialpolitik eine große Lücke in dem Bereich: Wie verhalten wir uns gegenüber Menschen? Und es sind nach wie vor noch überwiegend Frauen, die in vielen Jahren wegen Kindererziehung, wegen Pflege und Betreuung von Familienangehörigen keine Leistungen in die Rentenversicherung eingezahlt haben. Gegenwärtig heißt es ständig, das können wir nicht mehr bezahlen. Ich wünschte mir, dass wir doch wieder mehr Phantasie entwickeln, um neue Formen zu schaffen, wie wir in diesem Bereich weiterkommen. Denn wenn diese Leistungen alle auf der Basis bezahlter Arbeit finanziert werden müssten, dann wäre die Steuererhöhung ein Mehrfaches von dem, was ein Umdenken kosten würde.

Ihre zweite Frage betraf den Sektor Drohne. Ich möchte jetzt nicht in das Thema Drohnen eintauchen. Jedes Land kennt seine Probleme und insbesondere bei dem Teil geheim gehaltener Entwicklungen im Militär- und Verteidigungsbereich möchte ich das jetzt ausklammern, weil in der Tat hier irgendwo Missmanagement betrieben worden ist. Aber Vorsicht, wir haben gestern schon gehört, es sind keine sechshundert Mio. mehr, sondern hundertfünfzig. Das lassen wir weg. Vielleicht sind es doch fünfhundert? Aber mir ist wichtig, dass wir nun begonnen haben. Die einen sagen, wir geben jährlich 183 Milliarden für die Familienpolitik aus, die anderen sagen, es seien zweihundert Milliarden. Warum hat das keine höhere Wirksamkeit? Man ist im Augenblick dabei, genau diese Leistungen auseinanderzudröseln. Welche sind denn nun wirksam? Oder nicht wirksam? Tatbestand ist, dass die Familien, die Kinder haben, in ganz hohem Maße, trotz dieser zweihundert Milliarden, Eigenleistungen für ihre Kinder erbringen, und das nicht nach dem Grundsatz: »Was müsste ich vom Staat wiederbekommen.« Trotzdem ist zu fragen: Müssen wir ein anderes Steuerungsinstrument haben, um diese Leistungen wirksamer einzusetzen? Zum Beispiel: Was kostet die familienergänzende Kinderbetreuung? Man kann nicht beides gleichzeitig haben. Oder die Frage, in welcher Weise wir mit Steuerfreibeträgen und direkten Geldleistungen arbeiten? Wie sieht es mit guten Schulen aus? Ich nehme das jetzt nicht vorweg, sage nur: An dieser Fragestellung arbeiten wir.

In Bezug auf Europa möchte ich Ihnen sagen: Ich denke – und dabei sehe ich der Wirtschaftswissenschaftlerin in die Augen und sage es trotzdem –, wir sind ein Europa, eine Europäische Union, die behauptet, das Soziale außen vor zu lassen, es jedes Land für sich allein machen zu lassen. Dafür gibt es gute Gründe aufgrund unterschiedlicher sozialer Standards und Entwicklungen. Aber meine ganz klare Aussage ist – und zwar motiviert durch das Dilemma, in dem wir im Augenblick stehen, mit einer Jugendarbeitslosigkeit, wie wir sie seit Jahrzehnten nicht gehabt hatten: Der soziale Bereich gehört mit zur Europäischen Union. Der Glaube, es gehe nur um eine Wirtschafts-

und Finanzunion, lässt Zentrales für die Menschen außen vor, und dann sind wir bei solchen Fragen wie »Wer haftet für wen?«. Statt zu fragen: Was ist in einer bestimmten Situation notwendig in Bezug auf Sparen und Wachstum, um unsere Welt nicht auseinanderbrechen zu lassen? Ich verstehe diese noch immer anhaltende Diskussion: Die Wirtschaft ist für die Wirtschaft da, aber nicht für das Soziale. Wir sind ja eher bereit, das Ökologische als das Soziale einzubeziehen. Und unsere Erfahrung im erweiterten Europa, auch in den Staaten, die nicht zur Europäischen Union gehören, und darüber hinaus auch auf der ganzen Welt, ist: Was hat uns diese Europäische Union an guten Beispielen zu bieten für die angemessene Berücksichtigung des Sozialen? Und ich frage auch unsere polnischen Kollegen. Weg von sozialistischer Planwirtschaft, hin zu einer freien Marktwirtschaft, ich nenne als Beispiel einen der ersten Initiatoren, Balcerowicz – dies hat ja zunächst mal zu einem Krater geführt. Aber ich muss Ihnen sagen, in Polen sind Grundlagen geschaffen worden, die in anderen Ländern nicht geschaffen worden sind, auch mit sozialen Leistungen. Es ist ja heute nicht mehr das Nein gegenüber sozialen Leistungen, sondern die Überlegung, welche Leistungen vernünftigerweise einzubauen sind. Jedenfalls ist für unsere Welt von morgen ganz entscheidend, dass wir die Dinge wieder bündeln und nicht auseinandertrennen.

Reinhold Vetter: Ich gebe jetzt noch mal das Wort an Irena Wóycicka und danach würde ich gerne Fragen aus dem Publikum stellen lassen.

Irena Wóycicka: Frau Prof. Süßmuth hat so viele wichtige Fragen angesprochen, dass wir darüber eigentlich noch einmal eine extra Diskussion führen müssten. Bei den Reformen von Balcerowicz ist ein Mythos entstanden, diese hätten Anfang der 1990er Jahre zu einem starken Rückgang der Sozialausgaben in Polen geführt. Dabei sind die Sozialausgaben in Polen im Zeitraum der Balcerowicz-Reformen Anfang der 90er Jahre im Vergleich zum Bruttoinlandsprodukt schnell gewachsen und bildeten meiner Überzeugung nach ein wesentliches Element der sozialen Sicherheit, das es den Polen ermöglicht hat, die überaus schwierige Anfangsphase der wirtschaftlichen Transformation zu bewältigen. Die harte makroökonomische Politik, die dann betrieben wurde, rührte aus der Notwendigkeit her, auf die Entscheidungen der vorangegangenen Regierung zu reagieren, die die Preise freigegeben hat, was zu einer Inflation von 1000 Prozent führte. Keine Wirtschaft und kein Privathaushalt können so gedeihen. Es gibt nicht viele Wirtschaftswissenschaftler in Polen, die die Politik in jener Phase infrage stellen. In Polen gibt es wie in vielen anderen Ländern eine starke neoliberale Philosophie, die Sozialausgaben als Hindernis für das Wirtschaftswachstum ansieht. Ich glaube, dass sowohl in Polen als auch weltweit diese neoliberale Philosophie immer mehr hinterfragt wird. Sozialausgaben sind, so wie Bildung, Gesund-

heitspolitik und Familienpolitik, Investitionen in die Zukunft. Dieses Denken gewinnt im Kontext des demografischen Wandels an Bedeutung. Wir können diesen Prozess wesentlich abmildern und sowohl die Lebensqualität verbessern als auch bessere Bedingungen schaffen für Aktivitäten zur Verbesserung der Gesundheit, für die Qualität der Bildung oder die Beseitigung von Hürden für den Arbeitsmarkt. 2011 fand während der Rentenreform in Polen eine breite öffentliche Diskussion statt, die auf die Notwendigkeit hinwies, die Sicht auf die Sozialpolitik zu verändern; ihre Rolle bei der Entstehung der Bedingungen für sozialen Zusammenhalt und Entwicklung wurde gewürdigt. Die Europäische Kommission hat kürzlich in ihrem Papier festgestellt, dass es soziale Maßnahmen und Ausgaben gibt, die den Charakter langfristiger Entwicklungsinvestitionen haben, und so muss man diese auch sehen. Das eben ist die Perspektive, die auch im familienpolitischen Programm von Präsident Komorowski aufscheint. In Polen in Familienpolitik zu investieren, ist Ausdruck eines veränderten Denkens, aber nicht nur in Polen, sondern auch in Europa – einer Philosophie, in der man die Sozialpolitik als eine Investition wahrnimmt, die Entwicklungsgrundlagen schafft.

Ich glaube, Frau Prof. Süssmuth, dass uns dieses Denken verbindet. Was das Problem der Ursache oder auch der Unfähigkeit angeht, irgendwelche positiven Ergebnisse in der Familienpolitik zu erreichen, glaube ich, dass unsere Länder sich kulturell ähnlich sind. Auch was die Nichtakzeptanz betrifft, von der Sie gesprochen haben, oder sogar die Abwertung von Frauen, die sich entschließen, früher in den Beruf zurückzukehren und das Kind in eine gute Betreuung zu geben, und die dabei auf einen Mangel an Kindergärten und Horten stoßen. Diese kulturellen Barrieren sind in Polen signifikant, und ich nehme wahr, dass dies eine der Ursachen der negativen Erfahrungen beider Länder mit dem Versuch ist, den Geburtenrückgang zu stoppen. Immer noch ist es so, dass nicht viele polnische Väter Vaterschaftsurlaub nehmen. Arbeitgeber sind nicht bereit, in ihren Arbeitnehmern auch Eltern zu sehen. Die Situation von Müttern auf einem Arbeitsmarkt, der keine langen Abwesenheiten toleriert, ist schwierig. Und die Arbeit zu behalten, ist wiederum sehr wichtig für die Frauen, denn das stabilisiert die Familien und ihr wirtschaftliches Leben. Ich glaube, dass die Sozialpolitik unterschiedliche Entscheidungen von Eltern in Bezug auf Kinderbetreuung und berufliche Aktivitäten unterstützen sollte, sie muss flexibel sein. Da muss ein Plan her, der Veränderungen in vielen Lebensbereichen umfasst. Das ist die Grundvoraussetzung, die uns bei der Arbeit an dem Programm begleitet hat.

Ich möchte auch noch ein bestimmtes Problem ansprechen, das mir immer im Kopf herumgeht und das sowohl von bilateraler als auch europäischer Dimension ist. In Polen haben wir eine konkrete Region, nämlich die Woiwodschaft Oppeln, die als »Region der Entvölkerung« gilt. Dort sinkt die Bevölkerungszahl radikal, die Überalterung schreitet seit vielen, vielen Jahren sehr schnell

voran. Dazu tragen vor allem die Migrationsprozesse bei, von denen Sie gesprochen haben, die Migration nach Deutschland aufgrund von langjährigen Bindungen, Netzwerken, Kontakten usw., dauerhaft oder vorübergehend, die sich destruktiv auf die Familien auswirkt und natürlich auch Entscheidungen für Kinder beeinflusst (mit 1,1 niedrigste Geburtenrate in Polen) und dazu führt, dass dort sehr viele alte oder ältere Menschen ohne Bindungen, Familie oder Hilfe leben. Dazu kommt die Übersiedlung vieler junger Menschen nach Deutschland, oft mit Hochschulausbildung, von Menschen also, die Polen sozusagen ausgebildet hat, für deren Bildung Polen sehr viel Geld ausgegeben hat, damit sie Fertigkeiten und Qualifikationen erlangen, die es ihnen ermöglichen, Arbeit auf dem deutschen Arbeitsmarkt zu finden. Ich glaube, dass das auch ein wichtiges Problem ist, das Sie angesprochen haben, denn hier geht es um die Frage nach der europäischen Solidarität, dem Gleichgewicht von Kosten und Nutzen aus diesem Prozess. Natürlich ist klar, dass solange beträchtliche Unterschiede im Lebensstandard zwischen Polen und Deutschland oder zwischen der Ukraine und Polen existieren – denn diesen Prozess können wir auch auf der anderen Seite beobachten, den Zustrom ukrainischer Bürger nach Polen –, so lange werden Länder, die in eigene Arbeitskräfte, Bildung und Gesundheitswesen investieren, diese Investitionen zugunsten wohlhabenderer Länder verlieren, während diese aufgrund der von den ärmeren Ländern getätigten Investitionen zusätzliches Entwicklungspotenzial erlangen. Dieses Problem wird sich desto mehr verstärken, je schwerer es uns fallen wird, mit den eigenen demografischen Problemen innerhalb unserer Länder fertig zu werden. Das ist eine Frage, auf die ich keine einfache Antwort weiß, aber ich sehe die Notwendigkeit, das Problem der Solidarität in Bezug auf die Migrationsprozesse anzugehen.

Reinhold Vetter: Jetzt wird es Zeit für Ihre Fragen, den Anfang macht Frau Prof. Kotowska und dann noch mal Frau Prof. Süßmuth.

Irena E. Kotowska: Vielen Dank für die Vielfalt der angesprochenen Themen, aber ich kann natürlich nicht auf alle Bezug nehmen. Vielmehr würde ich mich gern zu zwei grundlegenden Themen äußern, von denen ich glaube, dass sie von fundamentaler Bedeutung für unser Nachdenken über den demografischen Wandel und auch über Lebensentwürfe von Eltern sind. Frau Prof. Süßmuth hat die finanziellen Leistungen für Familien angesprochen. Ist diese finanzielle Stärkung der Familie tatsächlich erfolgreich? Wie uns Beispiele zeigen, führt das trotz gewisser Verbesserungen nicht unbedingt dazu, dass mehr Kinder gezeugt werden. Meiner Ansicht nach sind diese finanziellen Leistungen eine Möglichkeit, dass die Gesellschaft die von den Eltern getragenen Kosten bei der Kindererziehung mitträgt. Ein solches Mittragen kann aber auch anders aussehen. Es kann sich nicht nur in direkter Beteili-

gung, direkten Finanztransfers äußern, sondern in kostenlosen und hochwertigen Bildungsangeboten sowohl im Kleinkindalter als auch im Schulsystem. Es kann sich äußern in gut bezahlten Erziehungszeiten, die es Eltern ermöglichen, eine Zeitlang ohne finanzielle Einbußen zu Hause zu bleiben. Kurzum, ich bin davon überzeugt, dass höhere Kosten, die wir für die Erziehung und Ausstattung von Kindern übernehmen, von Eltern und Staat getragen werden sollten, aber nicht in Form von direkten Finanztransfers. Und ich glaube, dass besonders in Ländern wie Polen oder anderen Ländern der Region – denn das haben wir mit anderen gemeinsam – die Transferleistungen bisher niedrig gewesen sind im Vergleich zu dem, was in anderen Ländern fließt.

Jetzt zur Frage der Sozialpolitik und zu ihrem Verständnis. Ich wollte sagen, dass man auf europäischer Ebene den Wandel im Verständnis der Sozialpolitik sehr aufmerksam beobachtet; gerade im letzten Jahr, in der Wirtschaftskrise, in der wir uns befinden, wurde ein neues sozialpolitisches Programm erarbeitet, das an ein Paradigma anknüpft, das von Wohlforschern »social investment« genannt wird, das heißt, es geht darum, dass man in der Sozialpolitik nicht die soziale Sicherung betont, sondern die Investitionen, die es der Gesellschaft und der Wirtschaft ermöglichen, sich zu entwickeln, das heißt, man betrachtet die Sozialpolitik als treibende Kraft der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklung. Dieses sogenannte »social investment package« wurde am 20. Februar 2013 vom EU-Sozial-Kommissar verkündet. Natürlich ist das vorerst nur ein Papier der Kommission, das in den einzelnen EU-Ländern diskutiert werden soll, und man erwartet eine Reaktion der Länder auf den Vorschlag zur Umorientierung der Sozialpolitik. Soviel zu diesen beiden Themen.

Rita Süßmuth: Vielen Dank, ich möchte nur noch mal den Fokus auf die Frage legen, was wir in Europa tun können. Und da ist mir wichtig, auch am heutigen Nachmittag zu sagen, dass übrigens sehr viele und gute Initiativen von Ihrem Land ausgehen. Als Polen noch nicht in der EU war, und auch danach, hat das Land gezeigt, dass es nie nur an sich denkt – ich nenne als Beispiel die Visegrádstaaten. Wir brauchen beides. Wettbewerbsfähigkeit, eine starke Wirtschaft, und wir sollten nicht glauben, dass wir im Augenblick allein durch Schuldenabbau und Sparen dieses Problem lösen können, wir brauchen den Bereich des Wachstums. Das hat das letzte Warschauer Treffen mit den Erklärungen sehr deutlich gemacht. Auch Ministerpräsident Tusk hat das sehr deutlich zum Ausdruck gebracht. Und ich füge für uns hier in Deutschland hinzu: Wir haben im Augenblick ein schwieriges Image draußen. Ihr wollt allen sagen – ich antworte jetzt mit Hollande –, wie sie es zu machen haben, damit sie aus der Krise kommen. Das ist nicht gut, die Fragestellung muss lauten: Wie müssen wir es gemeinsam machen? Was sind unsere gemeinsamen Ziele, um aus diesen Problemen schrittweise wieder herauszukommen?

Da war Polen wieder ein guter Mittler. Denn die jüngste Vereinbarung zwischen Hollande und Frau Merkel ist: Wir müssen mehr tun für den Abbau der Jugendarbeitslosigkeit und der allgemeinen Arbeitslosigkeit, indem wir die wirtschaftlichen und sozialen Investitionen erhöhen, um eine Rebellion zu vermeiden. Und ich weiß nicht, inwieweit uns das allen deutlich wird. Die ostmitteleuropäischen Länder haben sich zunächst gesagt: Wir bleiben am Katzentisch erst mal still. Aber während diese Länder still waren, haben sie ganz hart gearbeitet: Was tragen wir selbst bei? Das hat die polnische Präsidentschaft bewiesen. Wenn wir die Themen Innovation und kulturelle Zusammenarbeit betrachten: Was bringen deutsche und polnische Unternehmen, die zum Teil auch schon multiethnisch besetzt sind, zu Stande, um zu zeigen, da steckt Unternehmerschaft drin und da stecken auch neue Gedanken drin? Denn die Menschen haben eine tiefe Angst: Wird die Arbeitslosigkeit ständig größer werden? Oder sind wir in der Lage, auch neue Arbeitsplätze zu schaffen, selbst bei ökologisch nachhaltigem Wirtschaften? Da heißt es nicht Abbau, sondern neue Ideen für Arbeitsplätze zu haben, und da können wir viel mehr zusammenarbeiten, und zwar regional, ökonomisch und sozial. Wenn Menschen keine Hoffnung auf Perspektiven haben, dann sind wir arm dran.

Reinhold Vetter: Vielen Dank. Prof. Bingen hat das Wort.

Dieter Bingen: Ich habe noch eine Frage an Frau Ministerin Wóycicka. Sie hatten kurz die weltanschaulichen Zerklüftungen oder die ideologischen Spaltungen in Polen und auch die Bipolarisierung in der Politik angesprochen. Heißt das, dass die Fragen, Prioritäten, Antworten auf den demografischen Wandel in Polen sehr strittig sind? Der Präsident und die Kanzlei des Präsidenten haben dieses Papier herausgebracht. Man könnte sich auch vorstellen, dass die polnische Regierung hier proaktiv tätig wird und auch einen Beitrag leistet für einen innerpolnischen Diskurs oder auch quasi für die Agenda der Regierungspolitik Tusk noch in dieser Legislaturperiode. Und eine Anschlussfrage: Wenn wir von den Zerklüftungen sprechen, besonders angesichts der politischen Bedeutung der katholischen Kirche, die ja auch eine entsprechende Kommission für diese Fragen hat: Ist sie auch Teil der Auseinandersetzung? Gibt es da einen konstruktiven Diskurs? Eben sprachen Sie von dem Verhalten der Gläubigen bzw. der Katholiken. Und die andere Seite ist die katholische Kirche als Institution und ihr Beitrag oder nicht sichtbarer Beitrag oder die Qualität des Beitrags zu den Fragen, die hier diskutiert werden. Denn sie wird ja gehört im politischen Raum und ist ein politischer Player.

Irena Wóycicka: Zweifellos haben die weltanschaulichen Diskrepanzen und Konflikte in Polen in letzter Zeit an Stärke zugenommen, was mit einer bestimmten politischen Dynamik zu tun hat, die am 10. April 2010 begann.

Einerseits suchen manche politischen Kreise die direkte Unterstützung der Kirche, andererseits gibt es, glaube ich, Gruppierungen, die ihre Identität bewusst auf einem weltanschaulichen Konflikt aufbauen. Was hat das mit der Familienpolitik des Präsidenten zu tun? Als Mitautorin des Papiers kann ich sagen, dass wir uns bemüht haben, daraus alles zu entfernen, was Grund für einen Konflikt sein könnte und was für eine Politik zugunsten der demografischen Erneuerung nicht wesentlich ist, weil uns bewusst wurde, dass wir mit diesem familienpolitischen Programm auf keinen Fall einen weltanschaulichen Konflikt vom Zaun brechen wollen. Das Papier ist von praktischer und nicht ideologischer Art, und unser Bestreben ist, dass es von verschiedenen Milieus akzeptiert wird, sowohl von solchen, die mit der Kirche verbunden sind, als auch anderen, etwa feministischen. In Polen werden verschiedene Perspektiven für die Familie zur Diskussion gestellt, die Rollenteilung in der Familie, die Rolle der Frauen, die institutionelle Kinderbetreuung. Wir haben uns bemüht, diese Unterschiede in unserem familienpolitischen Programm zu berücksichtigen, indem wir verschiedenartige Lösungen vorgeschlagen haben, die unterschiedlichen Lebensentwürfen und Situationen der Familie entsprechen. Einen Kompromiss zu finden, erfordert Verständnis und Akzeptanz für andere Lebensentwürfe. Ich arbeite mit verschiedenen Milieus zusammen und möchte deshalb appellieren: Schätzen wir gegenseitig unsere Entscheidungen und finden wir auf dieser Basis das, was wir gemeinsam haben. Hier sehe ich auch durchaus Fortschritte. Ich glaube, dass die Kirche ein wichtiger Partner für die Familienpolitik sein kann, indem sie die Bedeutung familiärer Bindungen in der heutigen Welt aufzeigt, Werte, die mit guter Elternschaft verbunden sind. Sie könnte zum Beispiel das Engagement von Vätern bei der Kinderbetreuung unterstützen. Die katholische Kirche ruft beide Elternteile, auch die Väter, dazu auf, sich mehr in der religiösen Erziehung zu engagieren. Nun, die religiöse Erziehung ist Teil einer ganzheitlichen Erziehung und erschöpft sich nicht darin, das Kind einmal in der Woche zur Kirche zu bringen. Sie beinhaltet die Vermittlung von Werten, Einstellungen und Entscheidungen für den Alltag, somit beeinflusst eine größere Teilhabe der Väter an der Kindererziehung auch die religiöse Erziehung. Was die Frage Regierung – Präsident angeht: Familienpolitik ist eine Priorität der Regierung, und diese ist die erste Regierung, die bestimmte wichtige Themen aus dem Bereich der Familienpolitik wie Kleinkindbetreuung und Bildung oder zuletzt die Verlängerung der Elternzeit auf ein Jahr aufgegriffen hat. Das Programm des Präsidenten bezieht sich auf diese Aktivitäten der Regierung, erwartet aber in vielen Bereichen deren Vertiefung oder Korrektur, weist auf Probleme hin, die angegangen werden müssen, damit Familienpolitik ganzheitlich gestaltet wird. Vor allem aber schlägt es eine bestimmte Herangehensweise an die Familienpolitik vor, Ziele und Grundsätze, auf denen eine komplexe

Familienpolitik basieren sollte, die auf die demografische Erneuerung, das Bedürfnis nach Langfristigkeit und Stabilität ausgerichtet ist. Das ist keine Konkurrenz. Das ist eine andere, umfassendere und langfristige Perspektive, die sich nicht auf die Politik einer einzigen Regierung bezieht.

Heinz Kloss: Mein Name ist Heinz Kloss, ich bin ein Freidenker, komme aus Bernau. Wir als Verein sind auch im lokalen Bündnis für Familie in Bernau aktiv tätig. Zu dem ersten Problem, das ich auf dem Herzen habe: Kinder sind das Kapital für unsere Zukunft. Es müssen die besten Bedingungen geschaffen werden. Am besten sollte es noch mehr Kinder geben und es ist wichtig, sie bestmöglich zu erziehen und zu qualifizieren für das Leben. Dazu wurde hier viel mithilfe von Familienpolitik geleistet. Viele Kinder, ich kenne die Prozentzahl nicht genau, leben aber nicht nur in Familien, sondern bei alleinerziehenden Müttern – von denen hier gar nicht die Rede war, und die haben es am schwersten – oder sie sind in Patchworkfamilien – über die haben wir auch noch nicht gesprochen, wie man da rankommt – und diese Kinder leben mitunter auch bei gleichgeschlechtlichen Ehepartnern, dort, wo es gesetzlich möglich ist. Dies ist Problem eins. Problem zwei: Ich habe viele nützliche Erfahrungen im lokalen Bündnis für Familie gemacht, wo es uns um diese Fragen geht, und ich würde das auf die Ebene unserer beiden Staaten bis hin zu der Mitgliedschaft in der EU tragen, dass man gut beraten ist, sich dieser Probleme unten an der Basis anzunehmen, denn dort erscheinen diese ganz konkret. In Bezug auf das Übergeordnete kann man dann Forderungen stellen, weil die Politiker die Rahmenbedingungen schaffen müssen, bis zum Geld, wenn es geht. Aber die Konkretheit und die Einflussnahme, das geht über die Akteure vor Ort am besten.

Dagmara Jajeśniak-Quast: Mein Name ist Dagmara Jajeśniak-Quast, ich arbeite beim Zentrum für Interdisziplinäre Polenstudien an der Europa-Universität Viadrina. Ich habe eine Frage an Frau Ministerin Wóycicka. In Kenntnis der politischen Situation in Polen glaube ich auch, dass der weltanschauliche Konflikt in diesem Papier aus taktischen Gründen vermieden wird. Aber befürchten Sie nicht, dass dann die wichtigen Probleme wieder nicht diskutiert werden? Das erste Problem ist medizinischer Natur. Viele Familien können gar keine Kinder bekommen, Frau Prof. Kotowska wird das sicher noch ansprechen, denn hier gibt es eine riesige Grauzone in den statistischen Untersuchungen, wie viele Paare das tatsächlich betrifft, wir lesen aber, dass sogar jedes dritte Paar in Polen Probleme hat, schwanger zu werden. Das ist ein großes Problem, das auch mit weltanschaulichen Konflikten einhergeht. Wie gehen Sie in der Kanzlei des Präsidenten mit solchen Problemen um?

Irena Wóycicka: Das Papier spricht nicht das Problem der Nutzung der In-vitro-Fertilisation als Methode zur Überwindung von Unfruchtbarkeit an. Der Standpunkt des Präsidenten zur In-vitro-Methode ist bekannt. Er ist der Meinung, dass man eine Lösung finden muss, die es Familien ermöglicht, wenn sie diesen Wunsch haben, eine solche Methode zu nutzen. Man darf nicht vergessen, dass in Polen alle Verfahren zur Überwindung von Unfruchtbarkeit mit öffentlichen Mitteln finanziert werden, außer der In-vitro-Methode. Zu dem Zeitpunkt, als das Papier verfasst wurde, hat die Regierung entschieden, ein Finanzierungsprogramm für das In-vitro-Verfahren zu starten. Somit wurde dieses Problem, zumindest auf Regierungsebene, gelöst, auch wenn es noch konkreter gesetzlicher Regelungen bedarf. Auch der Standpunkt der Kirchenführung zur Bioethik-Konvention und zur Notwendigkeit gesetzlicher Regelungen bezüglich des In-vitro-Verfahrens scheint sich geändert zu haben, es gibt da mehr Offenheit. Das Papier konzentriert sich auf das Problem der niedrigen Geburtenrate, es bietet kein ganzheitliches familienpolitisches Konzept. Wir finden darin keine grandiosen neuen Ideen, wie wir die Polen dazu bewegen können, mehr Kinder in die Welt zu setzen. Vielmehr bieten wir eine geordnete, recht komplexe Perspektive an, die zugleich Mindeststandards aufzeigt. Für diese Perspektive wollen wir die Polen gewinnen, sie wollen wir so lange wie möglich erhalten. Natürlich gibt es viele familienpolitische Probleme, die keinen Niederschlag in dem Papier gefunden haben, wie etwa die Situation von Familien mit behinderten Kindern, die Situation von Kindern ohne Eltern oder die drängende Frage der Betreuung von pflegebedürftigen Erwachsenen. Das sind sehr wichtige Probleme, die gesondert zu analysieren sind und an die wir gesondert herangehen müssen. Über sie müssen wir ein andermal diskutieren, wir brauchen andere Maßnahmen, Papiere und Initiativen für sie.

Rita Süßmuth: Wir haben solche Probleme auch in Deutschland. Ich selbst bin Großmutter von vier In-vitro-Enkeln. Unsere Tochter und unser Schwiegersohn hätten nie Kinder bekommen ohne diese Möglichkeit, sodass mir hier noch mal wichtig ist zu sagen: Gebt doch den Menschen die Chance, die Kinderwünsche auf eine menschenwürdige Weise zu verwirklichen. Aber im Augenblick haben wir statt konkreter Hilfen wieder einen ideologischen Kampf, in dem wir nur zusammenhalten und nach guten Argumenten suchen können, um aus der Konfrontation herauszukommen, zu überzeugen. Denn es geht ja nicht nur um in vitro, sondern es wird auch eine neue Diskussion um den unbedingten Verzicht auf Präservative geführt, denn jetzt sind wir wieder bei der Verhütung – ich hatte gedacht, wir wären schon einen Schritt weiter, aber die Bischöfe, ein Teil der Bischöfe, muss man sagen, es sind nicht alle, haben auch diese Frage wieder aufgenommen. Dies ermutigt nicht zu mehr Befreiung und zu Kinderwünschen. Und ich finde, ob christlich oder

nicht christlich, wir brauchen mehr Vertrauen auch in verantwortliches Handeln von Menschen. Wenn wir überhaupt nicht vertrauen, sondern nur misstrauen, dann kommen wir miteinander nicht weiter. Vielleicht kann man da auch beiderseitig helfen. Als ich selbst in größte Probleme kam, als es um den Abbruch von Schwangerschaften ging, da hat mir einmal Kardinal Lehmann sehr geholfen mit dem Satz: »Das Leben von Kindern kann man nur mit den Müttern, nicht gegen sie retten.« Und zur Frage der Differenzierung: Gehen Sie davon aus, dass heute sowohl in Polen als auch in Deutschland die dramatische Lage eines Teils der Alleinerziehenden sowie die gelingenden und schwierigen Patchworkfamilien durchaus Themen sind. Da gilt das, was ich eben gesagt habe: Es geht nicht um eine pauschale uniforme Familienpolitik, sondern um Familienpolitik, die verschiedenen Lebenslagen und auch behinderten Kindern gerecht wird.

Reinhold Vetter: Das war doch ein sehr gutes Schlusswort. Ich bedanke mich bei Frau Wóycicka, bei Frau Süßmuth. Ich bedanke mich bei Ihnen. Danke.



Panel 2: Prof. Dr. Irena E. Kotowska, Dr. Manfred Sapper, Prof. Dr. Hans Bertram

Panel 2

Kommt Zeit, kommt Rat? Rezepte in der Diskussion

Manfred Sapper: Gestatten Sie, dass ich Sie auf eine Beobachtung aufmerksam mache. Prof. Dieter Bingen hat alle vorgestellt und auch verraten, dass ich die Zeitschrift OSTEUROPA leite. Das Privileg dieser Zeitschrift ist, dass man sich mal mit Musik, mal mit Politik, mal mit Geschichte, mal mit Soziologie beschäftigt. Mal beschäftigt man sich mit Russland, mal mit Ungarn, mal mit Polen, mal mit dem Kaukasus. Und eine Sache ist uns in diesem Zusammenhang in der Redaktion einer interdisziplinären Zeitschrift aufgefallen. Wir haben einen Band gemacht, in dem wir einen anderen Aspekt des demografischen Wandels in den Blick genommen haben, nämlich Altersbilder, Demografie und Altenpolitik. Und dabei haben wir festgestellt, dass es zwanzig Jahre nach dem Ende des Ost-West-Konflikts eine Flut von deutschen hervorragend ausgebildeten jungen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern gibt, die sich mit Geschichte beschäftigt. Es ist überhaupt keine Schwierigkeit, in Deutschland Leute als Autoren zu finden, die uns etwas über Energiepolitik in Polen schreiben. Aber es gibt eine ganz eigentümliche Leerstelle in der Expertise. Deutsche Spezialisten, die sich mit Sozialpolitik, Gerontologie, Gesundheitspolitik beschäftigen, machen das in der Regel entweder in Bezug auf Deutschland, sie sind nationale Spezialisten, oder sie können aggregiert europäische Trends vergleichen. Es gibt aber, z. B. im Zentrum für Gerontologie in Heidelberg, keine Spezialisten für Polen, es sei denn, dort ist eine junge Polin, die dort promoviert. Umgekehrt sitzen in einem über jeden Zweifel an der eigenen Expertise erhabenen Zentrum wie dem Deutschen Polen-Institut Politikwissenschaftler, Historiker, Literaturwissenschaftler. Sie werden im Polen-Institut niemanden finden, der sich mit derartigen weichen Themen beschäftigt. Das ist ein strukturelles Problem bei der Vermittlung derartiger Fragen in eine interessierte deutsche Öffentlichkeit. Das Zweite, was ich Ihnen aus unserer Erfahrung verraten will, sind zwei kategorische Imperative der Redaktionsarbeit. Erster kategorischer Imperativ bei der Behandlung eines jeden Manuskripts: Alles ist falsch. Nichts stimmt. Und das zweite Prinzip lautet: Ich weiß nichts. Ich habe nichts verstanden. Die Autoren oder der Autor muss herausarbeiten können, aus sich heraus: Was ist eigentlich das Problem? Und ist es ein relevantes Problem? Frau Kotowska, Dieter Bingen hat Sie vorgestellt und ich möchte von Ihnen wissen, was von dem, worauf Irena Wóycicka am Anfang hingewiesen hat, eigentlich allgemein europäische Trends demografischer Entwicklung sind und was das Spezifische an der Entwicklung in Polen ist. Können wir sagen: »Wir sind mit demselben Phänomen konfrontiert« oder gibt es doch noch die eine oder andere Besonderheit, die wir bei der Behandlung demografischer Fragen in Polen im Blick haben müssen?

Irena E. Kotowska: Wahrnehmbar sind Ähnlichkeiten und grundsätzliche Unterschiede. Die Ähnlichkeiten betreffen die allgemeinen Tendenzen der Veränderungen, denen die demografischen Prozesse unterliegen, insbesondere jene, die mit der Familie zu tun haben. Diese Tendenzen unterscheiden sich jedoch durch ihren Verlauf – durch den Zeitpunkt, an dem die Veränderungen begannen und sich verstärkten.

Erstens: Was ist typisch für den demografischen Wandel in Europa, den wir als »neue Demografie Europas« bezeichnen? Typisch ist die sinkende Geburtenrate – und zwar in einem erheblichen Teil der europäischen Länder – unterhalb des Niveaus, das wir als »bestandserhaltend« bezeichnen. Wenn die Fertilitätsrate (Total Fertility Rate – TFR) sich auf einem Niveau von etwa 2,1 Kindern pro Frau im gebärfähigen Alter bewegt, haben wir die Garantie, dass die Folgegenerationen quantitativ ebenso groß sind wie die vorange-



Irena E. Kotowska

gangenen. Dieser Wandel setzte in Europa in den 1960er Jahren ein. Zuerst waren von ihm die skandinavischen Länder und Deutschland betroffen, dann folgten allmählich auch andere Länder. In Deutschland fiel die Geburtenrate, ähnlich wie in den anderen deutschsprachigen Ländern, unter 1,5 Kinder pro Frau und hält sich seit vielen Jahren auf diesem Niveau. In Ländern hingegen, die wir gegenwärtig als Beispiel dafür anführen, dass sie mit der Fertilität »gut zurechtkommen« (z.B. Frankreich, Schweden, Norwegen, Dänemark, Finnland), ist diese niemals auf ein solch niedriges Niveau gesunken.

Was ist charakteristisch für Mittel- und Osteuropa, einschließlich Polens, sowie für die südeuropäischen Länder? Die Länder Südeuropas wurden in den 1980er Jahren mit einer sinkenden Geburtenrate konfrontiert. Zuerst fiel die Geburtenrate in Italien, dann in Spanien, Griechenland und später in Portugal auf ein Niveau, das wir als äußerst niedrig bezeichnen (lowest-low fertility), also unter 1,3. Diese Veränderung erfolgte in kurzer Zeit und war ziemlich heftig. Ebenso geschah es in Polen. Der langfristige Trend der sinkenden Fertilität beschleunigte sich nach 1989 – seit 1998 hält sich die Fertilitätsrate auf einem Niveau von unter 1,5 Kindern pro Frau im gebärfähigen Alter, und in den Jahren 2002–2006 fiel sie unter 1,3.

Ein zweites Merkmal der Veränderungen in Polen sowie in anderen Ländern Mittel- und Osteuropas ist das Geburtenhoch nach dem Krieg – Ende der 1940er und Anfang der 1950er Jahre des 20. Jahrhunderts. Westeuropa erlebte ebenfalls einen Anstieg der Geburtenraten, aber dieser vollzog sich etwas später und war nicht so hoch. Das bedeutet, dass in den darauffol-

genden Jahrzehnten ein Echo des Geburtenhochs auftaucht, also ein Anstieg der Geburtenrate in den Jahren, in denen die geburtenstarken Nachkriegsjahrgänge im Alter des höchsten Reproduktionspotenzials (20–35 Jahre) sind. Genauso war es auch in Polen. Einen erneuten Anstieg der Geburtenzahlen gab es in der zweiten Hälfte der 1970er und Anfang der 1980er Jahre. Das Auf und Ab der Geburtenrate beeinflusst die Größe bestimmter Altersgruppen in der Zukunft, doch in Polen ist dieser Einfluss außergewöhnlich stark. Entsprechend haben auch in anderen Ländern Mittel- und Osteuropas demografische Hochs und Tiefs einen beträchtlichen Einfluss darauf, wie sich die Bevölkerungszahl in den sogenannten Gruppen des erwerbsfähigen Alters, bei Älteren oder Kindern und Jugendlichen, gestaltet. Es gibt daher allgemein die langfristige Tendenz einer sinkenden Geburtenrate, wobei dies seit den 1960er Jahren ein Rückgang auf einen Stand unterhalb des Bestandserhaltungsniveaus ist. In manchen europäischen Ländern ist die TFR nicht unter 1,5 gefallen, in anderen hat sie nicht nur niedrige Werte erreicht, sondern hält sich auch auf diesem niedrigen Niveau.

Ein drittes charakteristisches Merkmal für Polen und andere Länder Mittel- und Osteuropas ist die Tendenz zu einer veränderten Sterberate. Das lässt sich belegen durch ein Kriterium, das angibt, welche Lebenserwartung man für ein in einem bestimmten Jahr geborenes Kind eines bestimmten Geschlechts bei einer für dieses Jahr gegebenen Sterberate erwarten kann. Was ist in Polen geschehen? Der Anstieg der erwarteten Lebensdauer eines Neugeborenen männlichen Geschlechts, der bis in die 1960er Jahre zu beobachten war, wurde gebremst, und diese verminderte Lebenserwartung für Männer hielt bis Anfang der 1990er Jahre an. Für Frauen erfolgte der Rückgang der veränderten Sterberate später, nämlich in den 1970er und 1980er Jahren.

Beim Vergleich der Länder Westeuropas mit denen Mittel- und Osteuropas stellen wir fest, dass es in der zweiten Gruppe zu einer Verzögerung bei der Verlängerung der Lebenserwartung kommt. Polen hatte bei seinem Eintritt in die Phase der Transformation eine Verspätung von 30 Jahren im Verhältnis zu Westeuropa, wobei es in dieser Ländergruppe neben Tschechien noch am besten abschnitt. In anderen Ländern war der Rückgang der Lebenserwartung noch größer.

Der relativ langsame Rückgang der Fertilität bis Anfang der 1990er Jahre wie auch der gebremste Anstieg der Lebenserwartung trugen dazu bei, dass die Bevölkerung Polens heute noch nicht als alt wahrgenommen wird – der Anteil der über 65-Jährigen überschreitet gegenwärtig nicht 14 Prozent der Gesamtbevölkerung und ist im Vergleich zu anderen Ländern relativ niedrig. Doch der deutliche Anstieg der Lebenserwartung nach 1990 (die eines Neugeborenen stieg bis 2011 um 5,7 Jahre für Frauen und 6,2 Jahre für Männer) und auch die Tatsache, dass wir von der niedrigen Geburtenrate nicht wegkommen, führen dazu, dass unsere demografischen Perspektiven nicht so gut aussehen, wenn sie in Hinsicht auf die Veränderung der Bevölkerungszahl, vor

allem aber der Altersstruktur, bewertet werden. Polen wird, wie auch andere Länder der Region, innerhalb von 50 Jahren zu einem der ältesten Länder auf dem europäischen Kontinent werden. Die Beschleunigung des Alterungsprozesses wird daher in dieser Region und in Polen sehr deutlich ausfallen.

Was ist spezifisch für Polen im Vergleich zu Deutschland? Generell sind die Tendenzen zur Veränderung der Altersstrukturen ähnlich. Wenn wir die Alterspyramide in Deutschland betrachten, sehen wir zwar die Einflüsse demografischer Hochs und Tiefs, aber in Polen wirken sich diese vergleichsweise stärker aus. Sehr gut gefallen hat mir die Bezeichnung »Die Alterspyramide wird auf den Kopf gestellt« für die Altersstruktur, als Auswirkung der sich vollziehenden Veränderungen des menschlichen Reproduktionsprozesses. Wir sind gerade auf einem Weg, wo sich deren Grundlagen einengen, d.h. die Anzahl der Kinder und Jugendlichen sinkt. Die Bevölkerungsprojektion von Eurostat bis 2060 zeigt, dass demografische Hochs und Tiefs immer noch einen sehr starken Einfluss darauf haben, was mit den grundlegenden Altersgruppen geschieht. Wahrnehmbar sind insbesondere die Veränderungen der Anzahl von Personen im arbeitsfähigen Alter, also der Bevölkerung, die das Inlandsprodukt erwirtschaftet, aus dem das soziale Sicherungssystem und die Versorgung älterer Menschen über 65 Jahren finanziert werden. 2030 wird die Anzahl der Personen im arbeitsfähigen Alter um über 2 Mio. gefallen und zugleich die Anzahl älterer Menschen um über 2,5 Mio. gewachsen sein. Hinsichtlich der Aufrechterhaltung des Sozialsystems wird dies also eine ausgesprochen schwierige Phase werden.

Die Tendenz zum Rückgang potenzieller Arbeitskräfte, also der Anzahl von Personen im arbeitsfähigen Alter, zeigt sich in fast allen Ländern Europas. Manche Länder sind davon jedoch besonders betroffen, zu ihnen gehört auch Polen. Die anhaltend niedrige Geburtenrate in vielen Ländern Europas hat seit Jahren zur Folge, dass Europa der einzige Kontinent ist, der im Verlauf der nächsten 50 Jahre eine solche Veränderung erfahren wird, und die stärksten Rückgänge werden die Länder Mittel- und Osteuropas sowie Deutschland betreffen. Der fortschreitende Alterungsprozess der Bevölkerung wird ebenfalls am stärksten in den Ländern Mittel- und Osteuropas sein – heute sind sie am jüngsten, in wenigen Jahrzehnten werden sie am ältesten sein. Deutschland gehört schon heute zu diesen Ländern, wo der fortgeschrittene Alterungsprozess deutlich sichtbar ist, und wird in der Gruppe der ältesten Länder bleiben.

Ich möchte noch einmal erklären, welche Bedeutung die anhaltend niedrige Geburtenrate hat. Die gegenwärtige Geburtenrate ist nämlich dafür entscheidend, wie viele Menschen es in den folgenden Jahrzehnten geben wird, die Kinder haben können. Nach der Bevölkerungsprojektion von Eurostat für alle Länder der Europäischen Union wird die Fertilitätsrate in Polen von einem Wert von 1,4 im Jahre 2008 auf 1,6 im Jahr 2060 steigen. Dennoch wird die voraussichtliche Geburtenzahl von 417.000 auf 236.000 sinken. Warum?

Das hat mit der sinkenden Anzahl der Frauen in dem Alter zu tun, in dem die meisten Kinder geboren werden. Obwohl wir damit rechnen, dass das familienpolitische Programm greifen wird und wir Paare dazu ermutigen, mehr Kinder in die Welt zu setzen, wird es in jedem Fall weniger Menschen geben, die Kinder bekommen können, und das wird den Rückgang der Geburtenrate beeinflussen. Eigentlich sprechen wir nicht von einem Anstieg der Geburtenzahl, weil dies unmöglich ist, sondern von einem Anstieg der Geburtenstärke, womit der Rückgang der Geburtenzahl kleiner ausfällt. Die anhaltend niedrige Geburtenrate wirkt sich auf die Altersstruktur so aus, dass einerseits der Alterungsprozess der Bevölkerung beschleunigt wird, andererseits Gegenmaßnahmen gegen die Disproportionen zwischen den Gruppen im erwerbsfähigen und postproduktiven Alter durch die abnehmenden Alterskohorten erschwert werden. Der Kampf gegen diese Disproportionen wird als »Notwendigkeit einer demografischen Erneuerung« (demographic renewal) bezeichnet. Dabei geht es darum, das Niveau der Geburtenrate zu halten, um den Geburtenrückgang aufzuhalten, von dem die meisten Länder der Europäischen Union betroffen sind. Deshalb ist es so wichtig, demografische Mechanismen zu verstehen.

Die demografischen Trends sind also in Europa dieselben, Unterschiede zwischen den Ländern hängen davon ab, wie der Fortschritt bei der Senkung der Sterberate sowie der Rückgang der Geburtenrate verlaufen werden. Ich danke Ihnen.

Manfred Sapper: Schönen Dank, Frau Kotowska. Der Schwerpunkt der ersten Diskussion und auch der Schwerpunkt des Vortrags von Frau Kotowska liegt jeweils auf der Frage der Geburtenzahl der Kinder. Der zweite Redner, der heute bei uns ist, hat gerade mit einigen Kolleginnen und Kollegen aus sieben Disziplinen eine Studie vorgelegt, die auch den Blick auf Fertilität und Prokreation, also die Fortpflanzung und die Kinder, wirft. Fertilität und gesellschaftliche Entwicklung in Deutschland, Österreich und der Schweiz, was Frau Kotowska ja eben als besonders herausragendes Beispiel niedriger Geburtenkurven genannt hat. Das Bemerkenswerte an diesem Buch, das ich zur Vorbereitung gelesen habe, ist, dass es zunächst damit beginnt, Mythen zu zerschlagen. Die Mythen z.B., dass es historisch etwas Einzigartiges sei, dass so viele gut ausgebildete Frauen, fast 20–25 Prozent der in der Alterskohorte 1964–1968 Geborenen, kinderlos geblieben sind. In diesem Gutachten wird ein historischer Blick geworfen und es stellt fest: »Oh! Anfang des Jahrhunderts gab es ähnliche Phänomene.«

Heißt das erstens: Es gibt überhaupt keinen Grund zur Beunruhigung über das, was Frau Kotowska an Trends eben vorgestellt hat, und zweitens: Ist demografische Politik, die Zukunft der Demografie, eigentlich mit dem Schwerpunkt auf der Betrachtung der Kinder hinreichend behandelt?

Hans Bertram: Vielen Dank für die Fragen. Ich will versuchen, sie möglichst knapp zu beantworten, weil ich das Gutachten nicht wiederholen will.

Es ist völlig klar, die Geburtenentwicklung ist nur ein Parameter der demografischen Entwicklung, die Migrationsprozesse sind mindestens ebenso wichtig. In Deutschland selbst sind sie sogar wichtiger. Ich gebe Ihnen nur ein historisches Beispiel: Sachsen hatte vor dem Zweiten Weltkrieg 5 Mio. Einwohner, Bayern hatte auch 5 Mio. Einwohner. Sachsen hat heute 3,9 Mio. Einwohner, Bayern fast 13 Mio. Die Ursache ist nicht die Geburtenrate, sondern es sind die Zuwanderungsprozesse. Und wer sich beispielsweise jetzt Europa anschaut, wird feststellen, dass es da einen signifikanten Unterschied zwischen Westdeutschland, Ostdeutschland und Osteuropa gibt. Osteuropa und Ostdeutschland haben, und zwar nicht erst seit dem Fall der Mauer, immer verloren. Es hat immer Wanderungsprozesse in den Westen gegeben. Sie können das auch in Italien beobachten, Süditalien hat immer verloren, man ist immer in den Norden gewandert. Jetzt kann man sich fragen: »Was bedeutet das, wird sich das ändern?« Meine erste These ist: Diese Prozesse werden sich verstärken, und zwar deswegen, weil die Spezialisierung der Arbeitsmärkte ein solches Ausmaß angenommen hat, dass die jungen, gut qualifizierten Leute nicht mehr einfach sagen können: »Ich arbeite in Neapel«, denn da finden sie überhaupt keinen Arbeitsplatz, sie wissen ganz genau, vielleicht können sie in Turin oder München arbeiten. Das heißt, es ist davon auszugehen, dass wir in Zukunft in Europa Zentren haben, die hoch dynamisch sind, die sich keine Sorgen über die demografische Entwicklung machen müssen, weil sie wachsende Regionen sind. Und es ist eine der ganz großen Herausforderungen in Europa, diese Ungleichgewichte auszugleichen. Insofern fand ich im ersten Panel die Diskussion um Solidarität zentral wichtig, denn wir werden auf Dauer in Europa Gewinnerregionen haben und wir werden auf Dauer in Europa Verliererregionen haben. Wir müssen aufpassen, dass nicht das passiert, was man z.B. in Frankreich beobachten kann. Fahren Sie mal ins Zentralmassiv, da passiert seit Jahrzehnten nichts. Die hohe Geburtenrate nutzt den armen Leuten im Zentralmassiv gar nichts, weil die jungen Leute entweder nach Toulouse oder nach Paris oder sonst wohin wandern. Das heißt, wir müssen, wenn wir über die demografische Entwicklung in Europa sprechen, die Prozesse der Mobilität zentral mitreflektieren, weil ein Teil der Gewinner dann davon profitiert, dass die gut qualifizierten jungen Leute, die in bestimmten Ländern ausgebildet worden sind, genau in die Regionen wandern, wo es attraktive Arbeitsplätze gibt. In der Bundesrepublik gibt es vielleicht sieben oder acht zentrale Regionen, die sich so entwickeln, und die anderen gucken mehr oder minder, ich sage das jetzt mal übertrieben, »in die Röhre«. Das ist das erste große demografische Problem, das wir zu lösen haben, und das können wir nicht nur national lösen, sondern wir werden es auch europäisch lösen müssen.

Das zweite Problem, die Alterung, halte ich nicht für ein Problem und da widerspreche ich allen meinen Vorrednern, außer Frau Süßmuth, die sah das auch schon positiv. Alterung ist eine unglaubliche Chance für diese Gesellschaft. Ich will das auch mal kurz erläutern. Wenn Sie heute einen 80-Jährigen vor sich haben, dann hat er die Wahrscheinlichkeit von fast 90 Prozent, noch sechs Jahre ohne jede Beeinträchtigung leben zu können. Wenn Sie vor etwa zwanzig Jahren einen 80-Jährigen vor sich hatten, dann hatte der nur noch drei Jahre. Das heißt, die Vitalität eines 80-Jährigen hat sich in diesen zwanzig Jahren drastisch erhöht. Wir müssen uns also fragen: »Sind denn unsere Vorstellungen vom Altern wirklich richtig?« Und da komme ich zu einem ganz zentralen Problem, das uns in der Kommission beschäftigt hat. Wenn wir die Geburtenentwicklung, das Alter, die Mobilität miteinander verbinden müssen, dann müssen wir darüber nachdenken: »Was ist eigentlich das gute Leben?« Das gute Leben ist im europäischen Kontext jene schöne Lebenstreppe: In der Jugend lernt man, dann ist man aktiv und dann



darf man die Früchte des Lebens genießen. Das ist das Muster und Bismarck hat dieses schöne Muster in die Sozialgesetzgebung übersetzt. Damals lag die Pensionsgrenze noch bei 70 Jahren, Kaiser Wilhelm hat sie dann 1913 auf 65 heruntersetzt, das heißt, diejenigen, die heute die 65 Jahre verteidigen, stehen fest hinter Wilhelm II. Wir müssen uns aber die Frage stellen, ob diese Form der Lebenstreppe eigentlich eine angemessene Interpretation dessen ist, was in unserer Gesellschaft passiert? Ist es denn tatsächlich richtig, dass die Zahl der Arbeitsfähigen in unserer Gesellschaft schrumpft? Ist das nicht nur etwas, was mit unserer Vorstellung vom guten Leben zusammenhängt? Müssen wir nicht fragen: »Wie können wir das ändern?«

Abschließend noch ein paar Sätze zu den Kindern und zur Frage der Geburtenrate. Solange wir an dieser Lebenstreppe festhalten, erhöhen wir notwendigerweise den Druck auf die nachwachsende Generation. Wir erwarten von ihr sehr viel mehr Qualifikation, d.h. sie muss längere Zeit in ihrem Leben in die Qualifikation investieren, hat also sehr viel weniger Zeit, Reproduktion zu betreiben, denn da gibt es bestimmte biologische Grenzen. Heute wird erst mit 31/32 das erste Kind geboren, mit 35 wird's schon ziemlich schwierig, d.h. heute müssen die jungen Erwachsenen in der kurzen Zeit, die ihnen zur Verfügung steht, auch in Bezug auf die Reproduktion doppelt soviel leisten wie die Elterngeneration, die schon mit 23 anfing. Die konnten sich viel Zeit

lassen, die jungen Leute heute können das nicht mehr. Und in den Ländern mit einer hohen Reproduktionsrate, wie beispielsweise den USA, gibt es relativ viele sehr junge Frauen, die Kinder bekommen. Ob das aber ein gutes Modell ist, haben wir in der Kommission zumindest infrage gestellt, denn je jünger man ist, wenn man Kinder bekommt, desto niedriger bleibt wahrscheinlich die Qualifikation. Das führt dann zu der Frage: Wie viele Kinder braucht man eigentlich zur Reproduktion einer Gesellschaft? Wir haben lange darüber diskutiert, jedoch keine Einigkeit erzielt. Aber man kann ja ökonomisch einfach über Humankapital sprechen. Wenn man davon ausgeht, dass die nachwachsende Generation sehr viel höher qualifiziert ist als die vorhergehende Generation, dann braucht man möglicherweise gar nicht mit einer TFR von 2,0 oder 2,1 zu rechnen, sondern kann das dazugekommene Humankapital mit einsetzen, um den Stand der ökonomischen Entwicklung zu erhalten. Unsere Wiener Kollegen, die das alles so schön durchgerechnet haben, kamen zu einer Größenordnung von etwa 1,6 Kindern pro Frau um das Humankapital in einer Gesellschaft zu halten. Bezieht man jetzt noch zusätzlich die ältere Generation mit ein, kann man das Humankapital in der Gesellschaft auch in Bezug auf die ökonomische Entwicklung sogar noch steigern. Das heißt, es ist nicht eine Frage allein der demografischen Entwicklung, sondern es ist die Frage, wie ich eigentlich mit den Menschen in einer Gesellschaft umgehe.

Ich gebe Ihnen jetzt zwei Beispiele, um es konkret zu machen. Fangen wir mit den Älteren an: Kein Mensch kann sich vorstellen, dass eine 50-jährige Frau, die vier Kinder großgezogen hat, Jura studiert, um anschließend bis zum 80. Lebensjahr Richterin zu sein. Gehen Sie an den höchsten Gerichtshof der Vereinigten Staaten, das Durchschnittsalter der Richter liegt dort jenseits von 75 Jahren, weil sie auf Lebenszeit gewählt werden. Das heißt: Die erste Frage, die wir uns stellen müssen, wenn wir das Humankapital einer Gesellschaft erhöhen wollen, lautet: Wie können wir es erreichen, dass man während seines ganzen Lebens immer wieder etwas Neues machen, sein Leben immer wieder neu gestalten kann? Das wäre eine andere Vorstellung vom guten Leben. Und nun zu den Jüngeren: Wie kann ich es erreichen, dass ich den Druck von ihnen etwas wegnehme, dass sie das Gefühl bekommen, ihr Leben gestalten zu können und nicht die Knechte ihrer Eltern und Großeltern zu sein? Eine Voraussetzung dafür ist, dass wir als ältere Generation klarmachen, dass wir von der nachwachsenden Generation nicht erwarten, dass sie permanent für uns sorgt. Wir sind in der Bundesrepublik die erste Generation von Eltern, die sagt: »Wir müssen selbst sehen, wie wir noch einen Teil zur ökonomischen Entwicklung dieser Gesellschaft beitragen, damit die nachwachsende Generation an dieser sehr wohlhabenden älteren Generation lernen kann, dass man einen anderen Lebenslauf konstruieren kann.« Denn nur wenn man sieht, dass das geht, wird sich etwas in dieser Gesellschaft ändern. Solange wir aber nur über die Erhöhung der Geburtenraten reden, werden wir diese beiden anderen

Punkte, die ich hier skizziert habe, nicht thematisieren. Und das ist in meinen Augen das zentrale Problem dieser ganzen Demografie-Debatte.

Manfred Sapper: Frau Kotowska, lassen Sie uns den ersten Aspekt von Herrn Bertram mal auf Polen übertragen und wenn Sie das, was Sie sicherlich können, auf den gesamten ostmitteleuropäischen Bereich ausdehnen könnten, wäre ich Ihnen sehr dankbar. Die These von Herrn Bertram lautet: Eigentlich ist die nationale Betrachtung anachronistisch, man kann nicht Polen und Deutschland konfrontieren. Wir müssen in Punkten oder in Schneisen vergleichen. Wir müssen Berlin und Warschau, das Gebiet um Frankfurt, das Rhein-Main-Gebiet, und das dynamische Gebiet um Posen miteinander vergleichen. Teilen Sie denn da die Diagnose, dass das Bild auch in Polen sehr viel differenzierter zu zeichnen ist, als wir es auf den ersten Blick über die rein statistische Aussagekraft der Kurven ahnen?

Irena E. Kotowska: Die nationalstaatliche Perspektive reicht nicht aus. Ich möchte jedoch daran festhalten, Analysen sowohl auf gesamtstaatlicher als auch auf regionaler Ebene durchzuführen. Warum ist die nationale Perspektive so wichtig? Weil die grundsätzlichen rechtlichen Weichenstellungen in Politik und Wirtschaft von den nationalen Regierungen getroffen werden. Die Maßnahmen der Politik werden auf regionaler und lokaler Ebene umgesetzt, aber wir können auf die gesamtstaatliche Perspektive nicht verzichten.

Übrigens wirken sich die Politik und die Ausgaben für die Politik letztendlich auch auf nationaler Ebene aus. Ich möchte noch einmal auf einen bestimmten Aspekt zu sprechen kommen, der mit dieser Perspektive zu tun hat. Prof. Bertram hat zu Recht auf die Bedeutung der Migration als Komponente zur Bestandserhaltung der Gesellschaft hingewiesen. Ich habe zwei Komponenten skizziert: die Geburten- und die Sterberate, denn diese waren eigentlich bisher für die Bevölkerungsentwicklung in Europa entscheidend. Die Dynamik der Bevölkerungszahl hängt auch deshalb immer stärker von der Migration ab, weil die Bedeutung des natürlichen Wachstums, d.h. die Bilanz zwischen Geburten und Sterbefällen, relativ abgenommen hat. Untersuchungen zeigen jedoch auch, dass Migration nicht als einzige oder einzig effektive Weise gesehen werden kann, um den sich verschlechternden Proportionen zwischen den grundlegenden Altersgruppen in der Bevölkerung, d.h. den Jüngsten, den potenziell Erwerbstätigen und den Älteren, entgegenwirken zu können. Es gibt zwar die Konzeption der ersetzenden Migration (replacement migration), die zeigt, welche Anzahl von Migranten notwendig ist, um den Alterungsprozess zu kontrollieren oder dem Rückgang der Arbeitskräfte entgegenzuwirken. Deren Ergebnisse zeigen jedoch, dass sich der Rückgang der Geburtenrate nicht durch einen Zuzug von Migranten kompensieren lässt. Ich stimme daher nicht mit der Meinung überein, dass Migration

ausbleibende Geburten ersetzen kann. Zumal wir aus nationaler Perspektive, insbesondere für die Länder Ost- und Mitteleuropas, sehen, dass wir es hier nicht mit Einwanderungsländern zu tun haben. Diese Länder verlieren durch Auswanderung an Bevölkerung, und zugleich befinden sie sich auch in der sogenannten Geburtenrückgangsfalle. Eine andere Frage ist jedoch, ob der Wert 2,1 für die TFR noch die richtige Ebene ist, oder ob man auf einen anderen Wert Bezug nehmen muss.

Bleiben wir jedoch vorläufig bei den Komponenten des demografischen Wandels, der sich vollzieht. Ich bin keine Befürworterin einer Diskussion darüber nur unter dem Gesichtspunkt einer Veränderung der Bevölkerungszahl, sondern betrachte vor allem das, was mit der Altersstruktur der Bevölkerung geschieht. Über den fortschreitenden Alterungsprozess der Bevölkerung spricht man überwiegend als etwas Negatives. Ich möchte jedoch, dass Sie verstehen, dass dies eine Auswirkung des zivilisatorischen Fortschritts ist. Immer mehr Menschen leben immer länger. Das Problem besteht nun darin, dass ein großer Teil der europäischen Länder diesen Fortschritt nutzt, zugleich aber in dem von mir hier beschriebenen Zeithorizont einen Rückgang an Arbeitskräften verkraften muss. Ob unsere gegenwärtige Einschätzung des möglichen Einflusses dieses beschleunigten Alterungsprozesses und des Rückgangs von Arbeitskräften auf das Wirtschaftswachstum richtig ist, ist eine andere Sache. Ich kenne sowohl die Wiener Untersuchungen, die Prof. Bertram erwähnt hat, als auch die der Fachgruppe »Working Group on Ageing«, die ins Leben gerufen wurde, um die Folgen des Alterungsprozesses der Bevölkerung auf wirtschaftlicher Ebene zu analysieren, insbesondere die Folgen für die sozialen Sicherungssysteme. Sie zeigen, dass wir, obwohl wir eine zunehmende Nutzung von Arbeitskräften, d. h. einen Zuwachs der Beschäftigungsindikatoren und eine Steigerung der Arbeitsproduktivität, voraussetzen, eine Verlangsamung des Wirtschaftswachstums gerade wegen des demografischen Drucks zu erwarten haben, der aus dem quantitativen Rückgang an Arbeitskräften resultiert. Außerdem muss noch eine qualitative Komponente berücksichtigt werden, die Sie, Herr Prof. Bertram, zu Recht erwähnt haben. Natürlich werden sich unsere Fähigkeiten zur Nutzung technologischer Angebote verbessern. Sie dürfen Menschen im Alter von 65 Jahren und älter nicht als unproduktiv ansehen. Die These, dass die Produktivität mit dem Alter abnimmt, stimmt so allgemein nicht, auch wenn sie für manche Berufe zutrifft.

Um aber noch einmal auf die Studien des Instituts für Demografie in Wien zurückzukommen, auf die Sie sich bezogen haben: Einer der polnischen Demografen, die in diesem Team arbeiten, hat unter Verwendung des Begriffs »intellectual capabilities« in Abhängigkeit vom Alter das Humankapital für Polen gelobt. Doch trotz des angenehmen Zuwachses an »intellectual capabilities« vermindert sich in Polen das Humankapital auf der Makroebene, also auf die Gesamtbevölkerung bezogen. Das bedeutet, dass es weniger

Menschen geben wird, die mit den entsprechenden Fähigkeiten ausgestattet sein werden. Die steigende Qualität des Humankapitals wird die Lücke nicht schließen, die durch die quantitative Verminderung derjenigen entsteht, die dieses Kapital bilden. Ich finde es sehr wichtig, über die Kategorien des Humankapitals sowohl unter qualitativen, die Sie erwähnt haben, als auch unter quantitativen Aspekten zu diskutieren – bestimmte Fähigkeiten und Fertigkeiten schreiben wir doch einer bestimmten Population zu. Und ein bisschen mache ich mir Sorgen, dass wir in manchen Ländern, zu denen auch Polen zählt, aufgrund der abnehmenden Bevölkerungszahl und der veränderten Altersstruktur insgesamt gesehen eben mit einem Rückgang des Humankapitals rechnen müssen.

Manfred Sapper: Frau Kotowska, ich habe die Bitte, dass Sie uns zwei Informationen zur Verfügung stellen. Selbstverständlich wissen wir, dass Polen nicht erst seit zwei Jahrzehnten, sondern seit zwei Jahrhunderten Auswanderungsland ist. Ja, das ist eine Polonia von 15 bis 17 Mio. Menschen. Aber es gibt doch gleichzeitig etwas anderes, auch wenn es schattenwirtschaftlich erfolgt, es gibt eine Zuwanderung nach Polen, in Form einer Kettenmigration, die uns unter Umständen gar nicht gefällt. Wenn die von Frau Süßmuth gerühmten polnischen Pflegekräfte nach Deutschland kommen, legal, vorher auch illegal, und hier im Dreimonatsrhythmus alte Menschen pflegen, dann höre ich aus Polen von Freundinnen und Freunden, dass zunehmend Ukrainerinnen – in der Regel illegal – nach Polen kommen und Polen sie durchaus als Arbeitskräfte in dieser Hinsicht absorbiert. Wie groß ist denn eigentlich nach allen Schätzungen, die mit Schattenmarkt verbunden sind, diese Zahl der Migration im Dienstleistungssektor: Putzkräfte, Pflegekräfte usw. usf. nach Polen?

Irena E. Kotowska: Leider kann ich Ihnen keine Informationen zu diesem Thema geben, aber in der Tat gibt es einen Austausch von Arbeitskräften. Ältere Arbeitnehmer fahren jetzt nach Westeuropa, vor allem nach Großbritannien und Deutschland, und die Lücken, die dadurch in bestimmten Wirtschaftsbereichen entstehen, werden durch Zuwanderer aus dem Osten gefüllt. So arbeiten etwa im Bereich der häuslichen Dienstleistungen Polinnen in Deutschland und auch in Italien, und wir kompensieren ihren Verlust, indem wir vor allem Ukrainerinnen beschäftigen. Dabei ist jedoch eine Sache zu beachten: Frauen, die in Polen im Allgemeinen unbezahlt Pflegetätigkeiten geleistet haben, informell, im Rahmen von Familienstrukturen, verdienen jetzt im Ausland für dieselben häuslichen Pflegetätigkeiten Geld. Die Tätigkeiten wiederum, die in Polen bisher unentgeltlich geleistet wurden, werden jetzt für Geld von Ukrainerinnen ausgeführt. Das ist ein Symptom eines umfassenderen Prozesses, der auf einer Kommerzialisierung der Pflege basiert, die

bisher hauptsächlich von Familienmitgliedern geleistet wurde. Warum ist das so? Weil die Familienstrukturen schrumpfen, in deren Rahmen diese Pflege geleistet wurde. Die Änderungen, von denen wir reden – ich habe mich auf Veränderungen auf der Makroebene bezogen, Veränderungen der Bevölkerungszahl und in einzelnen Altersgruppen, Sie, Herr Prof. Bertram, haben über den qualitativen Aspekt dieser Veränderungen gesprochen –, haben noch eine andere Dimension, es ändern sich nämlich die Familienstrukturen. Die Familien werden immer kleiner, die horizontalen Beziehungen werden immer dünner, denn es gibt immer weniger Verwandte. Im Hinblick auf den fortschreitenden Alterungsprozess der Gesellschaft haben hingegen immer mehr Generationen die Chance, miteinander zu leben. Andererseits drückt sich die vertikale Verlängerung der Netze darin aus, dass immer mehr Personen Unterstützung benötigen. Diese Veränderung darf nicht außer Acht gelassen werden, und deswegen muss eine Verschiebung von informeller Pflege, geleistet im Rahmen von Familienstrukturen, hin zu einem Verständnis von Pflege als Ware erfolgen.



Manfred Sapper: Schönen Dank. Frau Süsmuth hat im Umgang mit demografischer Entwicklung von einem Stadienmodell oder eigentlich von einem Phasenmodell gesprochen. Das erste Stadium würde ich, so, wie sie es selbst gesagt hat, als »Verdrängung« bezeichnen, das zweite war »Wissensbildung – Expertise wird aufgebaut«, das dritte – »politisches Handeln«. Lässt sich denn sagen, wenn ich jetzt ihre drei Dimensionen demografischer Politik oder ihre drei Dimensionen des Zugangs an demografischer Entwicklung nehme, dass Wissen unterschiedlich schnell in Handeln umgesetzt

wird? Lässt sich sagen – das war ja die These von vorhin –, dass durch Geld die Geburtenquote relativ schwach beeinflusst wird? Aber dass unter Umständen durch Geld relativ gut ein anderes Bild vom Alter vermittelt werden kann? Dass unter Umständen durch Politik das Bild des sozialen, aktiven Alters sehr viel schneller wirkungsmächtig wird, als das auf der Ebene der Förderung von Geburten ist? Oder ist das nur eine These ohne Fakten?

Hans Bertram: Also zunächst mal – Geld spielt eine ganz gewaltige Rolle. Gehen wir die drei Punkte durch. Migration: Warum gehen jedes Jahr ungefähr 8.000 Akademiker aus Nordrhein-Westfalen nach Bayern? Ich denke, sie gehen da hin, weil sie dort einen guten Job erwarten. Und wenn Sie mit

den demografischen Kollegen aus dem Statistischen Landesamt Baden-Württemberg reden, dann sagen die Ihnen: »Wir haben ungefähr 600.000 Arbeitsplätze mehr, als wir arbeitsfähige Bevölkerung haben.« Also haben die ihre privaten Prognosen, wie sich Baden-Württemberg entwickeln wird. Das weicht von der generellen Bundesprognose ab, weil sie darauf hoffen, dass über eine höhere Bezahlung, über bessere Arbeitsplätze die Leute zuwandern. Geld ist also in diesem Punkt durchaus ein Steuerungsmechanismus und die Regionen, die in Europa gewinnen, gewinnen über dieses Medium. Das sollte man nicht zu gering schätzen. Das kann die Politik nicht beeinflussen, aber das ist ein Faktor.

Nun zum Thema Altern. Wir haben im Augenblick eine Politik, die meine Generation in einer Weise privilegiert, dass es einfach unverschämt ist. Das heißt, wir sind im Durchschnitt sehr viel vitaler als unsere Elterngeneration. Wir haben ein Leben führen können, in dem wir ein relativ hohes Einkommen kumulieren konnten, was die nachwachsende Generation nicht kann. Wir haben mit Biedenkopf eine Kommission zusammen gemacht und er hat damals vorgeschlagen, wir sollten eine Altensteuer einführen. Die über 55-Jährigen sollten eine höhere Steuer zahlen, um den Jüngeren Geld zu geben, weil es sich sozusagen verschoben hat. Das heißt, wir haben eine kurze Phase einer älteren Generation, die sehr vermögend ist. Die Frage ist, wie man diese Generation so wieder in die Gesellschaft eingliedern kann, dass sie ihre ökonomischen Kompetenzen in diese Gesellschaft einbringt, ohne nur an das zivilgesellschaftliche Engagement zu denken. Die sollen gefälligst produktiv arbeiten. Das scheint mir jedenfalls gar keine Frage. Und da spielt Geld möglicherweise eine Rolle, wenn man sagt: »OK, wieso kriege ich, wenn ich in Pension gehe, 71 Prozent meines letzten Gehaltes? Natürlich nehme ich das, aber gerechtfertigt ist es keinesfalls.« Und wenn man sich die Zahlen in Deutschland anschaut, dann kann man einfach nur sagen, dass da im Grunde genommen ein Missverhältnis existiert, das dazu führt, dass bei der älteren Generation, natürlich nicht bei allen, das muss man ganz klar sagen, Geld auch eine Rolle spielt. Wenn Sie in andere Länder gehen, in denen die ökonomische Situation der älteren Generation nicht so gut ist, dann sieht man sofort, dass die Beteiligung am Arbeitsleben viel höher ist. Gehen Sie in die USA, dann sehen Sie das sofort. Es ist keine Frage, dass Geld da auch eine Rolle spielt.

Jetzt zum dritten Punkt, der Frage, welche Bedeutung Geld für die Reproduktionsrate hat. Gibt es einen großen Split bei den Demografen? Die Mehrheit der Demografen geht davon aus, dass es, wenn man geldliche Anreize setzt, einen Mitnahmeeffekt gibt. Die Leute sagen dann: »Wunderbar, ich wollte sowieso ein Kind, dann krieg ich es halt früher und kassiere dafür entsprechend Geld.« Aber eine langfristige Veränderung der Geburtenrate bekommen Sie über geldliche Incentives nicht hin. Die erreichen Sie vermutlich nur dadurch,

dass Sie sich die Lebensläufe der jungen Leute anschauen und überlegen, wie kann ich diese so organisieren, dass die Entscheidungen für Kinder, für die berufliche Karriere und andere Lebensoptionen auch tatsächlich kompatibel sind. Für Deutschland kann ich sagen: Es geht nicht um die fehlende Kinderbetreuung, der zentrale Punkt in Deutschland ist, dass wir von der jungen Generation erwarten, dass sie in kurzer Zeit eine Höchstleistung erbringt, während wir gleichzeitig extreme prekäre Beschäftigungsverhältnisse für sie schaffen. Wenn Sie jetzt nach Italien gehen – auch ein Beispiel mit extrem niedriger Geburtenrate –, dann haben Sie genau dasselbe Problem, Sie haben extrem prekäre Beschäftigungsverhältnisse für hochqualifizierte Leute. Dass die sich in einer solchen Situation nicht für ein Lebensprojekt wie ein Kind entscheiden, das scheint mir relativ klar zu sein. Die Politik sollte sich fragen, wie die Lebensläufe der nachwachsenden Generation zu organisieren sind, damit diese sagen kann: »Ich kann mir die Zeit für die Fürsorge leisten.«

Manfred Sapper: Sagen Sie doch mal bitte einen Satz zu der Replik von Frau Kotowska, dass Ihre Rechnung mit dem Humankapital so nicht aufgehe.

Hans Bertram: Ich habe genauso wie sie argumentiert, aber wir hatten in unserer Kommission eine Reihe von Altersforschern, und dann gab es noch einen Report über das Altern und vor allem die Kollegin Staudinger hat mir dann einiges beigebracht. Seitdem habe ich alle meine Theorien über das Altern ändern müssen. Wir haben bisher nie wirklich systematisch untersucht, wie eigentlich die intellektuellen Kapazitäten der Leute über 55 sind. Wir haben immer untersucht, wie das bei den Kindern ist. Und da wissen wir: Wenn wir dort investieren, kommt auch etwas raus. Wir haben nie gefragt, was eigentlich passiert, wenn man in einen 55-Jährigen investiert? Kommt da auch etwas heraus? Mit dieser Forschung haben wir erst angefangen, und siehe da, investieren wir in einen 55-Jährigen, dauert das vielleicht ein bisschen länger – vielleicht muss es auch etwas anders sein –, aber auch er nimmt zu an intellektueller Kapazität. Nur haben wir in unserem Lebenslaufmodell die Vorstellung: Jung wird gelernt, dann wird gearbeitet, dann wird sich erholt. Dieses Modell des guten Lebens ist einfach falsch. Wir müssen die Leute dazu bringen zu sagen: »OK, ich habe jetzt für zehn Jahre gelernt und muss noch mal was ganz Neues machen.« Es gibt in der Bundesrepublik eine ganz privilegierte Gruppe, die in dieser Weise leben darf. Das sind nämlich die Zeitoffiziere. Wenn Sie bei der Bundeswehr Zeitoffizier werden auf zwölf Jahre, dann machen Sie drei Jahre eine akademische und zwei Jahre eine militärtechnische Ausbildung, daran anschließend müssen Sie sieben Jahre arbeiten, was auch immer. Anschließend dürfen Sie zwei bis drei Jahre lang auf Kosten der Bundeswehr noch mal etwas ganz Neues machen. Die Leute sind so gesucht, dass selbst die Pädagogen, die ihre Ausbildung dort absol-

viert haben, bei Siemens oder anderen Konzernen begehrt sind, um Neues im Bereich Personalwesen einzuführen. Offensichtlich funktioniert das und ich frage mich, warum haben wir das nur für so eine privilegierte Gruppe? Warum können wir das nicht als gesellschaftliches Muster übernehmen? Ich gebe Ihnen das Gegenmodell: Wenn Sie junge Mädchen im Alter von 14/15 Jahren fragen, was sie werden möchten, dann antworten 60 Prozent von ihnen: »Erzieherin«. Es ist vielleicht nicht das Idealste, aber sie haben die Vorstellung: Sie werden dann Erzieherin, machen das ganz toll, aber mit 25 Jahren wissen sie – es steckt viel mehr in ihnen. Was bieten wir ihnen an? 40 Jahre Erzieherin. Wieso bieten wir ihnen nicht an: »Drei Jahre Ausbildung und du machst etwas ganz Anderes.« Warum bieten wir das den 50-Jährigen nicht an? Und dann bin ich mir ziemlich sicher, diese Frage des Humankapitals – ich weiß, es ist alles Utopie, was ich jetzt erzähle – sieht dann anders aus, als wir sie heute interpretieren.

Manfred Sapper: Utopie ist es ja gerade nicht, weil der Topos ja schon da ist. Also von der Bundeswehr lernen heißt »siegen lernen«. Das ist eine sehr überraschende Nachricht, die wir in diese Diskussion mitnehmen können, aber mich würde doch auch sehr interessieren unser Befund von damals in dem Osteuropaheft, das wir zusammen mit der Stiftung Erinnerung, Verantwortung und Zukunft gemacht haben und das sich mit folgender Frage beschäftigt hat: Wir tun immer so, als ginge es um die Erinnerung an den Krieg, aber in der Wirklichkeit leben noch ganz viele, die den Krieg, den Zweiten Weltkrieg, als Kinder oder sogar als Soldaten miterlebt haben. Unsere Erfahrung aus den Länderstudien war, dass dieser Zugang zum Alter, je weiter östlich wir gekommen sind, desto unbekannter war. Alter nicht mehr als Phase ohne Sinn und Zweck, sondern Alter als neue Chance des Lernens, als neue Zeit der Betätigung, Alter tatsächlich als ein ganz relevanter Bestandteil von Solidarität, von gelebter Erfahrung, aber auch von, wenn ich gesund bin, Einbindung, Einbringen in den Produktionsprozess nach wie vor. Wie steht es mit dieser Debatte in Polen? Denn sie scheint mir viel schwerer ideologisierbar zu sein als die Frage der In-vitro-Fertilisation, als die Frage der Benutzung von Kondomen.

Irena E. Kotowska: Glücklicherweise kann ich das mit Nein beantworten, es gibt weniger Ideologie. Diese Debatte hat sich im Laufe der letzten zehn Jahre intensiviert. Die Demografen haben bereits vorher darauf hingewiesen, sie wurden aber nicht immer erhört. Auch die 1998 durchgeführte Rentenreform war ein Signal, dass dies wahrgenommen wurde. Das letzte Jahrzehnt hat jedoch eigentlich die Einsicht gebracht, dass dies ein unvermeidlicher Prozess ist. Die Intensivierung dieses Prozesses in den kommenden Jahrzehnten ist Anlass für eine gewisse Sorge und Unruhe. Ich glaube, dass es bei der Wahr-

nehmung der Bedeutung der Probleme auch wichtig war, dass sich, als wir die Beschäftigungsfaktoren verglichen haben, herausgestellt hat, dass es mit der Nutzung des Potenzials der älteren Arbeitnehmer auf dem Arbeitsmarkt in Polen nicht zum Besten steht. Und tatsächlich haben die Rentenreformen zu einer Einschränkung der Möglichkeiten geführt, früher in Rente zu gehen, sie haben zu einer Verbesserung der Situation geführt – die Beschäftigungsraten sind gestiegen. Auch die Möglichkeiten, diverse Umschulungsmaßnahmen zu nutzen, sind besser geworden. Ich glaube, die größte Veränderung hat sich im Bewusstsein vollzogen, nicht nur allgemein, auf der Ebene des öffentlichen Diskurses, sondern auch auf individueller Ebene, unter anderem hinsichtlich der Diskussionen darüber, inwieweit wir bezüglich der zukünftigen Renten beruhigt sein können. Diese Veränderung hat sich schneller vollzogen als in anderen Ländern, zum Beispiel in Westeuropa. Das Alter von 60–65 Jahren wird gerade vom Nachkriegsgeburtenhoch erreicht, und das sind Menschen mit einem anderen Gesundheitszustand als vorangegangene Generationen. Ein Teil von ihnen wird noch aktiv bleiben, und das ist spürbar, ganz zu schweigen von ihren Ansprüchen in Bezug auf Lebensstil, Verhaltensweisen usw. Wir sind in gewisser Weise verzögert im Verhältnis zu den westeuropäischen Ländern, aber die Veränderungen vollziehen sich intensiver.

Ein Phänomen der letzten fünf Jahre ist zum Beispiel die Popularität von »Universitäten des dritten Lebensalters«. Diese Universitäten gibt es praktisch an den meisten Hochschulen, sie werden aber auch von lokalen Behörden und Kommunen organisiert. Ich wurde selbst in solche kleinen Einrichtungen eingeladen, um zum Thema demografischer Wandel zu sprechen. Etwas weniger optimistisch schätze ich die Änderungen im Bewusstsein von Arbeitgebern und Managern ein, denn wir haben es in Polen die ganze Zeit mit einem Überangebot an Arbeitnehmern zu tun. Deshalb wird der Markt von der Arbeitgeberseite beherrscht, und die Auffassung, dass das die nächsten Jahre hindurch so weitergehen kann, ist verhältnismäßig weit verbreitet. Ich glaube aber, dass sich auch in diesem Milieu ein Wandel vollzieht. Regierungsmaßnahmen wie etwa das »Programm der Solidarität zwischen den Generationen und aktives Altern« von 2006 haben meines Erachtens generell einen großen Einfluss auf den Bewusstseinswandel hinsichtlich der Bedeutung der Veränderungen der Altersstruktur in verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen. Man kann zwar über die Art der Umsetzung verschiedener Meinungen sein, aber es war sehr wichtig, das Interesse an diesem Problem deutlich zu machen. Kürzlich ist auch beim Ministerium eine »Plattform 50+« zur Aktivierung Älterer und zur Entwicklung ihres Potenzials auch im beruflichen Bereich entstanden.

Es gibt also Veränderungen, und ich bin überzeugt davon, dass sich die Nutzung dieses Segments von Arbeitskräften verbessern wird, denn ich erwarte, dass es innerhalb der nächsten fünf Jahre Lücken auf dem polnischen

Arbeitsmarkt geben wird. Schon heute zeigt sich ein Mangel an qualifizierten Arbeitskräften, aber gerade der demografische Wandel und die Tatsache, dass etwa 2 Mio. Menschen über ein Jahr lang im Ausland arbeiten, beschleunigen die Veränderung des Umgangs mit dem Alterungsprozess. Und ich möchte auch sehr stark das unterstreichen, was Prof. Bertram gesagt hat: Der demografische Wandel macht es notwendig, dass wir unser Leben umkrempeln. Wir nennen das die Perspektive des Lebensverlaufes. Solche Veränderungen vollziehen sich bereits auf individueller Ebene, notwendig sind aber auch entsprechende Anpassungen auf institutioneller Ebene. Sozialpolitiker oder Demografen fordern gerade in Bezug auf den Arbeitsmarkt oder die Sozialpolitik, dass Maßnahmen, die Veränderungen unterstützen oder eine Reaktion auf den demografischen Wandel darstellen, auch unterschiedliche menschliche Bedürfnisse in verschiedenen Lebensphasen berücksichtigen. Und ich stimme zu, dass die größte Herausforderung für uns, für alle – sowohl auf individueller als auch auf institutioneller Ebene – die verkürzte Zeit ist, die zur Verfügung steht, um die wichtigsten Lebensentscheidungen zu treffen. Wir verlassen das Bildungssystem später, die »Etablierung« auf dem Arbeitsmarkt dauert länger, ebenso wie es länger dauert, eine gewisse Lebenserfahrung und Stabilisierung im Leben zu erreichen, und hinzu kommt der Druck, Entscheidungen über eine Familiengründung zu treffen, denn trotz allen medizinischen Fortschritts tickt die biologische Uhr. Alle Untersuchungen weisen darauf hin, dass es nach dem 35. Lebensjahr schwieriger wird, eine Familiengründung zu realisieren, obwohl wir immer bessere medizinische Möglichkeiten zur Verfügung haben. Die Verringerung des Stresspotenzials in der Phase der Etablierung auf dem Arbeitsmarkt und der gleichzeitigen Familiengründung ist daher die größte Herausforderung. Eine zweite Herausforderung ist es, darüber nachzudenken, wie wir das längere Leben gestalten, das uns der zivilisatorische Fortschritt ermöglicht. Wir haben mehr Jahre zur Verfügung, wir haben mehr Jahre für ein gesundes Leben – doch wie nutzen wir dies auf individueller und gesellschaftlicher Ebene? Ich glaube, dass wir für die Idee des lebenslangen Lernens, die wir so oft anführen, unsere Lebensphilosophie ändern müssen. Bisher war Bildung an bestimmte Lebensphasen gebunden, an Kindheit und Jugend. Wenn wir im Erwachsenenalter an Bildung dachten, so taten wir das in Kategorien von Umschulungen und beruflichen Weiterbildungen. Jetzt müssen wir sie als gleichrangige Aktivität neben anderen betrachten, etwa dem Familienleben oder der beruflichen Arbeit. Das sind Herausforderungen der Entwicklung, die die einzelnen Menschen betreffen, aber auch für Institutionen und die Wirtschaft von Bedeutung sind.

Manfred Sapper: Herr Bertram, Sie beschäftigen sich seit über dreißig Jahren mit Fragen wie Kindeswohl, Kinderversorgung, mit dem Aufwachsen von Kindern und auch mit Demografie. Wir lernen ja häufig erst, wenn wir über

unseren Tellerrand schauen. Da hat sich dieses schöne neue deutsche Wort »best practice« eingebürgert. Wenn Sie alles Revue passieren lassen, was hat sich denn in diesen Bereichen im Umgang mit diesem bekannten demografischen Problem eigentlich wirklich getan – in den vergangenen zwanzig, dreißig Jahren? Frau Süßmuth hat vorhin darauf hingewiesen, dass wir eigentlich über einen Zeitraum von über vierzig Jahren reden, wo wir diese Sache kennen. Wo sind die größten Erfolge und wo würden Sie aus Ihrer Wissenschaftlerkarriere sagen: »Das war ein Irrweg, den können wir einfach abschreiben«?

Hans Bertram: Ich spreche mal von den positiven Dingen. Eine der größten Veränderungen ist die Integration der Mütter in das Erwerbsleben, die sich in Deutschland vollzogen hat. Heute sind junge Mütter mit 35/36 Jahren im Vergleich mit denjenigen Frauen, die keine Mütter sind, besser qualifiziert. Wir haben heute bei den Müttern nur noch 3 bis 5 Prozent, die keine Berufsausbildung haben. In den 1970er Jahren war es die Hälfte. Das hat sich total geändert. Das ist ein ganz gewaltiger Fortschritt, deswegen bin ich so optimistisch in Bezug auf das Humankapital, weil sich hier wirklich enorm viel getan hat. Es sind Ressourcen genutzt worden in einer Weise, wie man sich das in den 70er Jahren gar nicht vorstellen konnte. Wir haben es damals nicht geschafft, diese Ressourcen so zu organisieren, dass die jungen Menschen ihre Lebensführung so planen können, dass es ihnen möglich wird, die Fürsorge für Kinder und für andere in ihr Leben zu integrieren. Wir haben damals das männliche Lebensmodell zur Norm gemacht. Und die männliche Hegemonie führt schlicht und einfach dazu, dass der Standard des Lebenslaufs über die Männer definiert wird, die Frauen haben hier das Nachsehen. Darüber müssen wir nachdenken. Ich habe in einem Interview gesagt: »Wir müssen die Männer zwingen« und zunächst hat Renate Schmidt damals gesagt: »Wenn Sie das sagen, schicke ich Sie nach Birma.« Dort herrschte damals eine relativ starre Diktatur. Aber dann hat sie es doch mit dem einkommensabhängigen Elterngeld erreicht, dass es plötzlich einen positiven Zwang gab für die Väter für die Fürsorge und siehe da, das hatte Effekt. Wir müssen in diesem Sinne darüber nachdenken, wie wir diese Dinge ändern können. Denn erst, wenn in den männlichen Lebensverlauf die Fürsorge als integraler Bestandteil eingebaut wird, wird sich hier wirklich etwas ändern. Und da sind wir noch gescheitert. So, das wäre der eine Punkt. Nun zum zweiten Punkt, den ich inzwischen sehr positiv sehe. Wir haben in den 1970er Jahren ein bisschen Unsinn getrieben, wir haben gesagt: »Wir lösen alle Arbeitsmarktprobleme durch die Frühverrentung.« Das haben wir getan. Den größten Blödsinn haben wir in den neuen Bundesländern gemacht, wo wir alle 55-Jährigen aus dem Arbeitsmarkt praktisch herausgenommen haben. Damit ist alles das, was sie an wirtschaftlicher Kompetenz hatten, einfach stillgelegt worden. Alle haben sich gewundert, dass es da irgendwie nicht weitergeht. Heute wissen wir,

dass das ein Irrweg war, es hat sich nämlich herausgestellt, dass selbst wenn man eine Frühpensionierung durchführt, die Betriebe das nur zur Steigerung der Produktivität nutzen und nicht zur Einstellung junger Leute.

Wir brauchen heute eine altersgemischte, sinnvolle Beschäftigung, um in Zukunft den Arbeitsmarkt zu stärken, das hat sich wirklich geändert. Das dauert natürlich eine Zeit, bis sich das umwälzt. Was wir noch nicht gelernt haben, ist zu akzeptieren, dass diese Vorstellung linearer Karrieren, die es da gibt, möglicherweise keine sinnvolle Vorstellung ist, sondern dass man sich auch vorstellen kann: »Ich kann auch mal einen Schritt zurücktreten, kann wieder neu anfangen.« Das ist das, was bei uns noch klemmt. Was sich meiner Meinung nach auch positiv geändert hat, und das ist wirklich ein Geschenk der Wiedervereinigung, Frau Süßmuth hat es auch schon angesprochen: Wir haben in der Bundesrepublik lange Zeit gedacht, dass allein die Familie für die Kinder zuständig sei. Das war ganz klar, wie auch immer das begründet wurde. Seit den letzten 20 Jahren aber hat sich etwas massiv geändert. Wir wissen plötzlich, dass, wie Hilary Clinton das immer sagt, »das ganze Dorf wichtig für die Entwicklung von Familien, für die Entwicklung von Kindern ist«. Und ich bin mir nicht sicher, wenn sich dieses Modell irgendwann mal wirklich durchsetzt, also nicht nur für die Kinderbetreuung und Ähnliches, sondern auch mit zivilgesellschaftlichem Engagement, ob da nicht die Frage »Kinder oder nicht Kinder?« auch anders entschieden werden kann. Wenn ich beispielsweise abends bei Karstadt arbeite, weiß ich ja dann vielleicht: Die Nachbarin passt auf. Jetzt ist das noch nicht das Muster und ich denke, wir haben hier noch viel zu tun, um diesen Trend, der sich neu entwickelt hat, positiv zu verstärken.

Manfred Sapper: In den deutsch-polnischen Beziehungen wird immer danach gefragt. »Welche sind denn die Handlungskorridore, wo wir miteinander arbeiten können?« Und in der Energiepolitik ist der der maximalen Fremdheit, der maximalen Differenz derjenige, der bestimmt, was auf europäischer Ebene unter Umständen möglich ist. Deutschland steigt aus der Atomenergie aus, Polen denkt darüber nach, Atomenergie aufzubauen. Deutschland versucht Fracking zu verbieten, Polen möchte Schiefergas abbauen. Und dann versucht man zwischen diesen Extremen ein gemeinsames politisches Handeln zu entwickeln. Wo ist denn das gemeinsame politische Handeln für eine Kopernikus-Gruppe, für eine deutsch-polnische Wissenschaftsstiftung, für die Stiftung für deutsch-polnische Zusammenarbeit, wo wir durch partnerschaftliche Modellprojekte beispielsweise auf lokaler Ebene, auf der Ebene der Länder oder Woiwodschaften versuchen sollten, Neues, Kreatives, Gutes anzustoßen.

Irena E. Kotowska: Ich verstehe, dass es hier um Gesellschaftspolitik und ihre Auswirkungen auf die Lebensqualität geht. Ich glaube, dass wir sicherlich Lösungen nutzen können, die auf dem Arbeitsmarkt verwendet werden, insbesondere wenn es um Berufsausbildung und Berufsvorbereitung geht. Aus Diskussionen mit Arbeitgebern weiß ich, dass die Einsicht in die Notwendigkeit, in Ältere zu investieren und ihr Wissen und ihre Erfahrung zu nutzen, sich wesentlich erhöht hat. Die Beispiele für »best practice«, die, wie Sie sagten, manche Firmen betreffen, werden meiner Meinung nach für uns sehr hilfreich sein, um zu zeigen, wie das funktionieren kann. Eine zweite Sache, die auch die Zusammenarbeit auf dem Arbeitsmarkt betrifft, ist das, was Deutschland im Laufe der letzten 5–6 Jahre einführte, wenn ich mich recht erinnere, denn dieser grundsätzliche Wandel in der Familienpolitik war 2007. Es geht darum, Unternehmen zu ermutigen, sich für eine Politik zu engagieren, die die Berufstätigkeit der Eltern und die Kinderbetreuung verbindet und vor allem Plätze in der Früherziehung und -betreuung (Hort, Kindergarten) schafft. Ich glaube auch, dass wir viele ähnliche Schwierigkeiten haben in Bezug auf das Verständnis, was ein größerer Frauenanteil auf dem Arbeitsmarkt wirklich bedeutet, wie man die Organisation von Arbeit und Familienleben ändern muss und welche kulturellen Veränderungen bezüglich der Wahrnehmung der gesellschaftlichen Rolle von Frauen und Männern in unserer Gesellschaft notwendig sind. Wenn wir die Daten in Bezug auf die Wahrnehmung dieser Veränderungen betrachten, dann sind wir im Allgemeinen nahe beieinander, was verschiedene Faktoren betrifft. Was also das betrifft, worauf Sie, Herr Prof. Bertram, hingewiesen haben – dass ein grundsätzlicher Wandel im Sinne einer Präsenz von Frauen auf dem Arbeitsmarkt erfolgt ist, aber gleichzeitig die Anpassung des Familienlebens und das Engagement von Männern für die familiären Verpflichtungen weiterhin relativ langsam vor sich gehen können –, denke ich, dass dies ein gemeinsames Feld für Aktivitäten, Forschung und Erfahrungsaustausch sein kann.

Und hier möchte ich mich auf ein Buch beziehen, das vor ein paar Jahren herauskam, von Prof. Gøsta Esping-Andersen, dem Schöpfer von Typologien des Wohlfahrtsstaates. Er sagt darin, dass die Revolution, die auf der Präsenz von Frauen auf dem Arbeitsmarkt und im öffentlichen Leben beruht, eigentlich unvollendet ist, und fasst das, was wir machen müssen, wenn wir sowohl die Wirtschafts- als auch die Sozialpolitik verändern wollen, in dem Begriff »Adapting to Women's New Roles« zusammen. Das ist die Richtung, über die Sie, Herr Prof. Bertram, gesprochen haben. Hier öffnet sich ein großes Feld zur Zusammenarbeit auch im wissenschaftlichen Sinne, d.h. für gemeinsame Forschungen, aber auch für den Austausch von Effizienzanalysen für Lösungen, die in beiden Ländern durchgeführt werden. Ich glaube, dass in Polen die Wege, die Deutschland in der Familienpolitik gegangen ist, nicht möglich sind, ich meine damit die relativ hohen direkten Transferzahlungen. Das können

wir uns nicht leisten. Außerdem bin ich, im Hinblick auf die Verantwortung gegenüber zukünftigen Generationen und die Teilung der Kosten zwischen Familien und Staat, dafür, dieses Geld in gute öffentliche Leistungen, also in gute Bildung, Freizeitgestaltung und Erholungsmöglichkeiten zu investieren, und auch dafür, es Familien zu ermöglichen, sich für eine bestimmte Zeit ohne größere Einkommenseinbußen aus dem Berufsleben zurückzuziehen.

Manfred Sapper: Schönen Dank, wir eröffnen jetzt die Diskussion.

Vielen Dank, ich heiße **Margarete Wohlan** und bin Redakteurin bei Deutschlandradio Kultur. Ich bin 46 Jahre alt und habe mit Anfang 20 genau diese Frage gehabt: die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Als freie Journalistin habe ich mich für den Beruf und gegen Kinder entschieden. Die Diskussion heute erinnert mich ein bisschen an die Diskussion von damals und ich habe das Gefühl, dass nach wie vor keine richtigen Lösungen für Frauen gefunden wurden, die eben beides machen wollen, denn die Gesellschaft schrumpft. Und deswegen finde ich die anderen beiden Ansätze – Zuwanderungspolitik und die Änderung der Vorstellung vom Leben im Alter und zwischendurch auch Pausen für die Jüngeren – spannender und interessanter und ich würde Frau Kotowska gerne fragen, ob Polen tatsächlich so etwas hat wie eine Zuwanderungspolitik, also eine Förderung von anderen Gruppen aus europäischen Ländern. Ich war gestern auf einer Veranstaltung abends, da war der Stadtpräsident von Breslau da und er hat erzählt, dass es ganz viele andere europäische Gruppen gibt, die in dieser Stadt arbeiten und auch die Identität dieser Stadt prägen. Ist das in anderen Regionen Polens auch so oder ist die Gesellschaft eher homogen polnisch?

Ingram Haase: Herr Prof. Bertram, vor allem die Einführung, aber auch Ihre sonstigen Worte waren für mich Musik in den Ohren, auf der anderen Seite aber auch irgendwie ein Märchen aus Tausend und einer Nacht. Um es ganz konkret zu machen: Ich werde nächstes Jahr 40, bin Geisteswissenschaftler, krebse seit ungefähr 10 Jahren in mehr oder weniger prekären Beschäftigungsverhältnissen herum, habe mich jetzt mehr aus Interesse, aber auch aufgrund der desolaten Situation für ein Doktorat entschieden und natürlich habe ich mit meinem Doktor-Vater über die eventuellen Aussichten danach gesprochen. Und er sagte zu mir: »Herr Haase, vergessen Sie Deutschland, dieses Land hat einen ›Jugendwahn‹, machen Sie das Doktorat, nehmen Sie es noch mit und danach gehen Sie nach Amerika oder nach Skandinavien, dort geht es nach Kompetenz und nicht nach Alter.« Jetzt meine Frage, zunächst prophetisch: Muss sich daran nicht etwas ändern? Und die zweite Frage, ebenfalls prophetisch: Wann wird das passieren? Und die dritte eigentliche Frage: Was muss passieren, damit sich das ändert, und wer soll das



bezahlen, wer kann es bezahlen und wer wird es bezahlen, damit wir nicht, ich und viele andere, unter anderem auch viele Bekannte von mir, erstens die relativ guten Möglichkeiten der Ausbildung hier, die ja dieses Land viel Geld kosten, in Anspruch nehmen, zweitens den »brain-drain« verstärken, drittens den Migrationssaldo dieses Landes verschlechtern und viertens die Geburtenrate in Ländern, wo sie eigentlich schon relativ hoch ist, weiter verstärken?

Ich heiße **Jadwiga Tarkowska**, bin Politologin und habe meine Ausbildung teils in Polen, teils in Deutschland absolviert. Ich habe eine Frage, weil mich seit Beginn dieser Konferenz etwas nicht loslässt. Es wurde hier meines Erachtens nicht angesprochen, wie die deutsche Regierung bzw. Gesellschaft tatsächlich versucht, der demografischen Probleme Herr zu werden. Frau Wóycicka hat ja z. B. im ersten Teil schön dargestellt, welche Programme Polen gemacht hat, oder auch das letzte Papier, das zeigt, was die Probleme in Polen sind. Demgegenüber habe ich den Eindruck, dass die Probleme der deutschen Demografie nicht wirklich konkret beim Namen genannt worden sind, und wenn man das Problem nicht benannt hat, ist es auch schwierig, hier von Antworten zu reden. Mir haben hier konkrete Antworten und eine komplexe Betrachtung dessen gefehlt, wo die deutsche Gesellschaft tatsächlich der Schuh drückt. Als jemand, der in Deutschland lebt, bin ich mit verschiedenen Maßnahmen der deutschen Seite konfrontiert, so wird etwa in fast jeder Stellenausschreibung dazu aufgefordert, dass natürlich Frauen und Behinderte dazu ermutigt werden, sich zu bewerben. Bringen solche Ermutigungen tatsächlich Ergebnisse, und entscheiden sich Frauen tatsächlich dazu, berufstätig zu sein, und auch andere Fragen, wie etwa, dass Frauen Teilzeit arbeiten können. Fördert das tatsächlich die Entscheidung von Frauen für Kinder, und zwar nicht nur für ein Kind, sondern für mehrere? Gibt es ganz konkret messbare Ergebnisse für diese Art von Maßnahmen? Und noch das Problem der Zuwanderer in der zweiten und dritten Generation – wie versucht die deutsche Regierung diese Menschen zu einer größeren beruflichen Aktivität zu motivieren, zur Teilhabe am gesellschaftlichen und politischen Leben in Deutschland, denn auch das ist von großer Bedeutung, denn es geht hier um einen erheblichen Anteil an der Bevölkerung. Wie bereits gesagt, das hat mir gefehlt, und ich bitte um ein paar Sätze zu diesem Thema, wie Sie zu diesen sozusagen typisch deutschen Problemen stehen. Vielen Dank.

Manfred Sapper: Gibt es eine polnische Zuwanderungspolitik, Frau Kotowska?

Irena E. Kotowska: Dieses Problem wird permanent diskutiert. Es gibt noch kein einheitliches Papier, das sich mit der Integration von Einwanderern in Polen als einer Frage beschäftigt, die staatliche Entscheidungen erforderlich macht. Die Arbeit an einem solchen Papier dauert sowohl in der

Präsidentenkanzlei als auch im Arbeitsministerium an. Es gibt Teillösungen bezüglich der Beschäftigung bestimmter Arbeitnehmer oder des Austauschs von Arbeitnehmern zwischen verschiedenen Ländern. Es gibt Verträge auf der Ebene von Unternehmen zum Austausch von Arbeitnehmern, denn wir haben immer mehr Firmen, in denen auch Ausländer beschäftigt sind. Vergleicht man jedoch generell die Anzahl der Einwanderer in Polen und ihren Anteil an der Gesamtbevölkerung, so lässt sich feststellen, dass es in Polen noch keinen großen Zustrom von Migranten gibt. Sicherlich ändert sich die Einstellung der Polen gegenüber Menschen anderer Herkunft, die in Polen leben. 2001–2002 habe ich an einer internationalen Untersuchung teilgenommen, die in 14 europäischen Ländern durchgeführt wurde. Wir haben nach der Einstellung gegenüber Einwanderern in diesen Ländern gefragt. Wir haben uns damals entschlossen, Fragen zu Einstellungen gegenüber Einwanderern zu stellen, um zu sehen, wie es mit der Offenheit gegenüber Ausländern aussieht. Ich erinnere mich nicht an genaue Daten, aber ich erinnere mich an eine gewisse Einstellung. Obwohl die Antworten in Bezug auf Wahlrecht oder Bürgerrechte von großer Offenheit geprägt waren, d.h. man der Meinung war, dass Einwanderer dieselben Rechte haben sollten wie Bürger polnischer Nationalität, verringerte sich diese Offenheit beträchtlich, als Fragen zum Arbeitsmarkt gestellt wurden, zumal angesichts der damals hohen Arbeitslosigkeit. Das bedeutet, dass etwa Denkmuster wie »sie könnten uns Arbeitsplätze wegnehmen« zutage traten. Es kamen also Einstellungen zum Vorschein, die auch in anderen Ländern beobachtet wurden, insbesondere nach 2008. Diese Umfrage wurde 2001 in Polen durchgeführt, als die Situation auf dem polnischen Arbeitsmarkt sehr schwierig war. Eigentlich waren die Jahre zwischen 1998 und 2003 bis dahin die schlimmste Phase auf dem Arbeitsmarkt gewesen. Analysen und Vergleiche mit anderen Ländern zeigten, dass wir, was die bürgerlichen Freiheiten betrifft, auf eine größere Anzahl von Ausländern in unserer Gesellschaft vorbereitet sind: Geht es jedoch um wirtschaftliche Kategorien, insbesondere in einer schwierigen Situation, sind die Reaktionen der Bevölkerung dieselben wie in anderen Ländern Westeuropas, dass nämlich Arbeitsplätze fehlen und ein Zustrom von Migranten nicht gern gesehen wird. Soviel zu diesem Thema.

Manfred Sapper: Herr Bertram, Sie haben Märchen aus Tausend und einer Nacht erzählt. Wann ändert sich was, wer ändert es, damit aus den Märchen Wahrheit wird?

Hans Bertram: Es ist nicht ganz so, dass sich nichts ändert, so ist z.B. die Altersgrenze für die Berufung von Professoren in manchen Bundesländern inzwischen aufgehoben worden. Es ging ja um den akademischen Bereich. Aber ich glaube, wir müssen eins akzeptieren, was ich vorher formuliert habe –

durch die Spezialisierung der Kompetenzen gerade auch derjenigen, die auf den Arbeitsmarkt drängen, ist Mobilität eine Grundvoraussetzung der eigenen akademischen Karriere. Das heißt, wenn man jetzt beispielsweise gut Deutsch und gut Polnisch kann, ist man für ein skandinavisches Land attraktiver mit dieser spezifischen Kompetenz als für Deutschland. Das ist eine Folge dieser unglaublichen Qualifikationsentwicklung, die wir erlebt haben. Und das muss man offensichtlich akzeptieren, dass man plötzlich feststellt, man hat ein Qualifikationsprofil, das in der eigenen Nation kaum noch, anderswo aber durchaus nachgefragt wird. Und auch umgekehrt, aus anderen Nationen werden Leute hierher geholt, weil sie Qualifikationsprofile haben, die wir in der Form nicht zur Verfügung stellen. Das spezifische Problem, das die Geisteswissenschaft betrifft, ist ganz anders. Wir haben in den Universitäten im Augenblick eine ganz bestimmte Tendenz. Wir sind ja alle exzellent, ich komme von einer exzellenten Uni usw., Exzellenz heißt aber: »Ich investiere im Wesentlichen in die Naturwissenschaften und ich muss das auch bezahlen, weil die ja besonders teuer sind. Wie kann ich das also ausgleichen? Ich kürze in den Geistes- und Sozialwissenschaften.« Das ist bei uns auch der Fall, das hat weniger mit diesen Entwicklungen zu tun, sondern es ist eine bewusste Politik in den Universitäten – sie stärken die Natur- und die Technikwissenschaften, dafür machen sie bei den anderen halt immer weniger. D. h. die Orchideenfächer z. B. verschwinden. Ob das gut oder schlecht ist, sei dahingestellt, aber das ist wirklich ein anderes Thema. Da gibt es einen Umschichtungsprozess. Würden Sie Ingenieurwissenschaften studieren, könnten Sie sich an den Universitäten vor Stellenmöglichkeiten wahrscheinlich kaum retten. Das ist aber eine bewusste Entscheidung der Universitäten, die wir hier im Einzelnen nicht weiter diskutieren können.

Zu den Fragen – ich fange mit der letzten Frage, mit den Migranten an. Das ist nicht bundesweit einheitlich zu beantworten. Wenn Sie beispielsweise nach Baden-Württemberg gehen oder Bayern, die auch einen hohen Migrationsanteil haben, dann werden Sie, wenn Sie sich deren Qualifikationen, deren Arbeitsmarktpräsenz anschauen, feststellen, Sie sind in einem anderen Land als in Berlin. Das hängt offensichtlich damit zusammen, dass dort noch in sehr viel stärkerem Maße Industrie vorhanden ist. Außerdem haben wir eine Einwanderungspolitik betrieben, gerade was südeuropäische Länder angeht, mit der wir es geschafft haben, immer die unterste Bildungsstufe abzuschöpfen. Man kann das aus PISA ableiten: Wenn Sie im europäischen Durchschnitt bei türkischen Kindern nachschauen, wie die Bildungsdifferenz zu den Eltern ist, dann haben Sie einen europäischen Durchschnitt von drei Jahren. Bei uns in Deutschland liegt die Bildungsdifferenz bei fünf Jahren, und dafür sollten wir uns schämen. Wir haben so spezifisch auf der untersten Ebene selektiert, wie man sich das in ganz Europa gar nicht vorstellen kann. Wir haben nie Einwanderungspolitik betrieben, aber das ist Einwanderungspolitik gewesen.

Wir wissen aus allen diesen Bildungsreformen, die wir gemacht haben, dass man es nicht schafft, in einer oder in zwei Generationen die Bildungsparitäten herzustellen. Das ist ein Mehrgenerationenprojekt.

Um Ihnen das schöne Beispiel von der katholischen Arbeitertochter vom Land zu geben, das war die Dahrendorfsche Formel für die Bildungsbenachteiligung von Mädchen, in Tirschenreuth, da haben die das damals untersucht, da waren es zwei Prozent der Mädchen, die Abitur gemacht haben. Heute sind es 19 Prozent. Immerhin eine Verachtfachung. Damals waren es 30 Prozent der evangelischen Jungen, die Abitur gemacht haben, heute sind es 60 Prozent. Immerhin ist das 40 Jahre her. Der Punkt ist nur – bei den Jungen ist der Anteil nur verdoppelt worden – aber auf 60 Prozent, der Anteil der Mädchen ist verachtfacht worden und es sind 20 Prozent. Wir müssen einfach akzeptieren, dass diese Prozesse nicht innerhalb von einer oder zwei Generationen gelöst werden, sondern dass wir in jeder Generation immer wieder von vorne anfangen müssen, bis wir einen Gleichstand erreicht haben. Es sind sehr langfristige Prozesse und wir sind manchmal einfach zu ungeduldig, wenn wir meinen, die müssten doch schon in der nächsten Generation genau das machen, was die Kinder aus den Akademiker-Haushalten erreichen. Was die Frauen betrifft, so ist die Bundesrepublik gemeinsam mit Österreich das Land, das in den letzten zehn Jahren die höchste Steigerung der Erwerbsquote von Müttern mit Kindern in ganz Europa gehabt hat; wir liegen inzwischen auf dem europäischen Niveau an vierter Stelle, vor Schweden und Frankreich, es hat einen unglaublichen Anstieg in diesem Bereich gegeben. Das ist aber nicht eine Folge der Politik, sondern das war die Folge des enormen Qualifikationsinputs, der bei den jungen Frauen stattgefunden hat. Wir haben dort in den letzten 15 Jahren eine Revolution erlebt, die wir gar nicht gemerkt haben, wahrscheinlich weil die Frauen so zurückhaltend sind, aber es hat sich dort etwas massiv geändert. Und das Problem der Politik ist im Augenblick, dass sie nicht weiß, wie sie damit wirklich umgehen soll. Und zwar aus zwei Gründen. Der eine Grund ist, die jungen Frauen haben sich leider Gottes dafür entschieden, typische Frauenberufe zu ergreifen. Wir haben einen enormen Zuwachs genau in den Bereichen, in denen Karrieremöglichkeiten eigentlich nicht vorhanden sind, nämlich in den sozialen Bereichen, während in den Technikbereichen immer noch die Männer vollständig dominieren. Und der zweite Grund: Solange wir glauben, dass die männlichen Karrieremodelle, insbesondere die, die sich in der Technik entwickelt haben, das dominante Muster für notwendige Karrieren in unserer Gesellschaft sind, während bei den jungen Frauen, die sich für Kinder entscheiden, die politischen Maßnahmen nicht greifen, solange wir dieses Problem nicht gelöst haben, werden wir auch dieses andere Problem nicht wirklich lösen.

Manfred Sapper: Oder aber, um Ihre Information von vorhin aufzugreifen, alle Frauen müssen in die Bundeswehr. Auch dann könnten sie es unter Umständen schaffen.

Hans Bertram: Die Bundesregierung setzt eindeutig auf die Vollzeitberufstätigkeit von Frauen. Es gibt einen Demografiegipfel nach dem anderen und die Botschaft ist ganz klar: Wir integrieren Frauen ins Erwerbsleben. Das ist die Botschaft und wir versuchen durch den Ausbau der Kinderbetreuung sicherzustellen, dass die Kinder in dieser Zeit outgesourct werden können. Das ist die offizielle Strategie.

Manfred Sapper: Ich habe noch eine andere Frage zur Politik, wir gehen auf den Wahlkampf zu – warum hat sich eigentlich damals Herr Biedenkopfs Idee der »Steuer für die Alten« nicht im Programm der CDU niedergeschlagen? Was meinen Sie denn da?

Hans Bertram: Ich denke, das hängt damit zusammen, dass Herr Biedenkopf in seiner Partei immer zu denjenigen gehört hat, die nicht ganz geradlinig so gedacht haben wie die Mehrheit der Partei.

Manfred Sapper: Peter Graf Kielmansegg, ein Jurist und Politikwissenschaftler, hat sich mit der Frage auseinandergesetzt: Was bedeutet eigentlich die Inkompatibilität zwischen dem Vierjahresrhythmus, in dem gewählt werden muss, und der langfristigen Perspektive, die die Demografie eigentlich für die Entscheidungsfindung verlangt. Die These von Graf Kielmansegg lautet: In der Situation, in der wir durch demografischen Wandel eine stark alternde Gesellschaft haben, hat diese Generationskohorte demokratietheoretisch das Blockadepotenzial für weitere Entwicklungen. Ob Graf Kielmansegg recht hat oder nicht – das könnte unter Umständen das Deutsche Polen-Institut das nächste Mal bei dem Berliner Gespräch mit ihm selbst erörtern und da wird er sicherlich das eine oder andere zu sagen haben. Dasselbe Problem stellt sich durchaus auch in Polen.

Ich danke Ihnen sehr dafür, dass Sie alle hier waren, und ich vermute, das hat maßgeblich damit zu tun, dass wir zwei exzellente Leute hier auf dem Podium hatten, nämlich einmal Irena Kotowska und zum anderen Hans Bertram. Herzlichen Dank.

Dieter Bingen: Danke sehr dem letzten Panel, danke sehr Frau Kotowska, Herrn Bertram, Herrn Sapper, danke sehr Irena Wóycicka, Frau Süßmuth und Reinhold Vetter für ihre Beiträge zu einer Diskussion, die ich jetzt nicht weiter resümieren werde. Ich denke, diese Sammlung von Eindrücken und Perspektiven ist eigentlich eine Aufforderung, den deutsch-polnischen Dialog über

ein unter den Nägeln brennendes Thema weiterzuführen und weiter zu vertiefen und auch bei aller Unterschiedlichkeit von Diskursen das aufzugreifen, was miteinander verbindet, d.h. auch Herausforderungen gerade in direkter Nachbarschaft. Frau Süßmuth sprach eben von diesen Prozessen von unten nach oben und von dem Aufbau der gesellschaftlichen Aktivierung. Das Thema Solidarität ist gefallen und Frau Kotowska sprach von dem »Adapting to New Women Roles«. Ich denke gerade auch in den deutsch-polnischen Grenzräumen gibt es genügend Ansatzpunkte, die konkreten Effekte von demografischem Wandel nicht nur miteinander zu diskutieren, was bei Ihnen, Frau Jajeśniak-Quast, passieren kann, sondern auch in die Praxis überzugehen. Vielleicht gibt es schon die ersten Modelle, um diese Herausforderung des demografischen Wandels, der Aktivierung gerade auch in einer älteren Generation, zu einem neuen Potenzial für Entwicklung und zum Aufhalten von Depopularisierungsprozessen auf beiden Seiten der deutsch-polnischen Grenze werden zu lassen. Das ist also jenseits von theoretischen konzeptionellen Entwicklungen, die in der Umsetzung ja wahrscheinlich noch lange auf sich warten lassen.

Herzlichen Dank nochmals an die Landesvertretung Brandenburg für die gastfreundliche Aufnahme. Ich lade Sie herzlich ein zum Dritten Berliner Gespräch des Deutschen Polen-Instituts. Wir sehen uns also spätestens in einem Jahr wieder hier in Berlin. Ich wünsche Ihnen noch einen schönen Frühsommerabend, kommen Sie gut nach Hause! Schönen Abend und auf Wiedersehen.

Biogramme

Prof. Dr. Hans Bertram

Studium der Soziologie, Psychologie und Rechtswissenschaften in Münster und Mannheim, 1976 Promotion (Dr. phil.) an der Universität Düsseldorf, Habilitation 1980 an der Universität Heidelberg, seit 1992 Forschung und Lehre an der Humboldt-Universität zu Berlin, Lehrstuhlinhaber für Mikrosoziologie. Zahlreiche akademische Funktionen und Mitgliedschaften, u. a. Vorsitzender des Beirats für Familienpolitik der Landesregierung Brandenburg. Mitglied von UNICEF Deutschland, Mitglied der Deutschen Akademie der Naturforscher Leopoldina und des Kuratoriums des Max-Planck-Instituts für demografische Forschung Rostock.

Prof. Dr. Irena E. Kotowska

Leiterin des Lehrstuhls für Demografie im Institut für Statistik und Demografie an der Warsaw School of Economics (SGH). Chefredakteurin der Studia Demograficzne, Mitglied im Wissenschaftsrat für Statistik, im Komitee für Demografiestudien und im Komitee für Arbeits- und Sozialpolitikstudien der Polnischen Akademie der Wissenschaften. Regierungsexpertin und -beraterin im Bereich der Bevölkerungsentwicklung, des Arbeitsmarktes und der Sozialstatistik. Expertin der Europäischen Kommission und des Eurostat.

Dr. Manfred Sapper

Politikwissenschaftler und Chefredakteur der Zeitschrift Osteuropa. Studium der Politikwissenschaft, Geschichte und Soziologie in Frankfurt am Main, Siena und Moskau. Promotion zum Thema »Die Auswirkungen des Afghanistankriegs auf die Sowjetgesellschaft«. Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für Politische Wissenschaft und Zeitgeschichte der Universität Mannheim.

Prof. Dr. Dr. h. c. mult. Rita Süßmuth

Präsidentin des Deutschen Polen-Instituts Darmstadt, Bundestagspräsidentin a. D., Studium der Romanistik und Geschichte in Münster, Tübingen und Paris, Postgraduiertenstudium der Erziehungswissenschaft, Soziologie und Psychologie. Zwischen 1966 und 1982 wissenschaftliche Tätigkeiten an der Pädagogischen Hochschule Ruhr, der Ruhr-Universität Bochum und der Universität Dortmund. 1985 Bundesministerin für Jugend, Familie und Gesundheit (ab 1986 zusätzlich für Frauen) als erste Frauenministerin auf Bundesebene. Von 1987 bis 2002 Mitglied des Deutschen Bundestages. Von 1988 bis 1998 Präsidentin des Deutschen Bundestages. Neben dem Vorsitz über die Frauen Union von 1986 bis 2001 Mitgliedschaft im CDU-Präsidium (1987–1998). Zwischen 2000 und 2001 Vorsitzende der Unabhängigen Kommission Zuwanderung.

Reinhold Vetter

Ingenieur und Politikwissenschaftler, freier Publizist, ehemaliger Handelsblatt-Korrespondent in Warschau. Zahlreiche Publikationen zu Polen und Ostmitteleuropa, u. a. *Polens eigensinniger Held: Wie Lech Wałęsa die Kommunisten überlistete* (2010), *Wohin steuert Polen? Das schwierige Erbe der Kaczyńskis* (2008). Zuletzt von ihm erschienen: *Ungarn. Ein Länderporträt* (2012).

Irena Wóycicka

Unterstaatssekretärin und Beauftragte für Sozialpolitik in der Kanzlei des Präsidenten der Republik Polen. Studium der Volkswirtschaft an der Universität Warschau. Mitarbeiterin des oppositionellen »Komitees zur Verteidigung der Arbeiter« (KOR), Mitbegründerin und Redakteurin der oppositionellen Zweiwochenschrift Robotnik, Expertin der Gewerkschaft »Solidarność«. Teilnahme am Runden Tisch, 1989–1990 Beraterin des Sozialministers Jacek Kuroń, 1991–1994 stellv. Ministerin für Arbeit und Soziales. Seit 1997 Leiterin des Bereiches Sozialforschung am Danziger Institut für Marktwirtschaft. Zahlreiche Beraterfunktionen, u. a. als Expertin der Internationalen Arbeitsorganisation und der Europäischen Kommission.

